

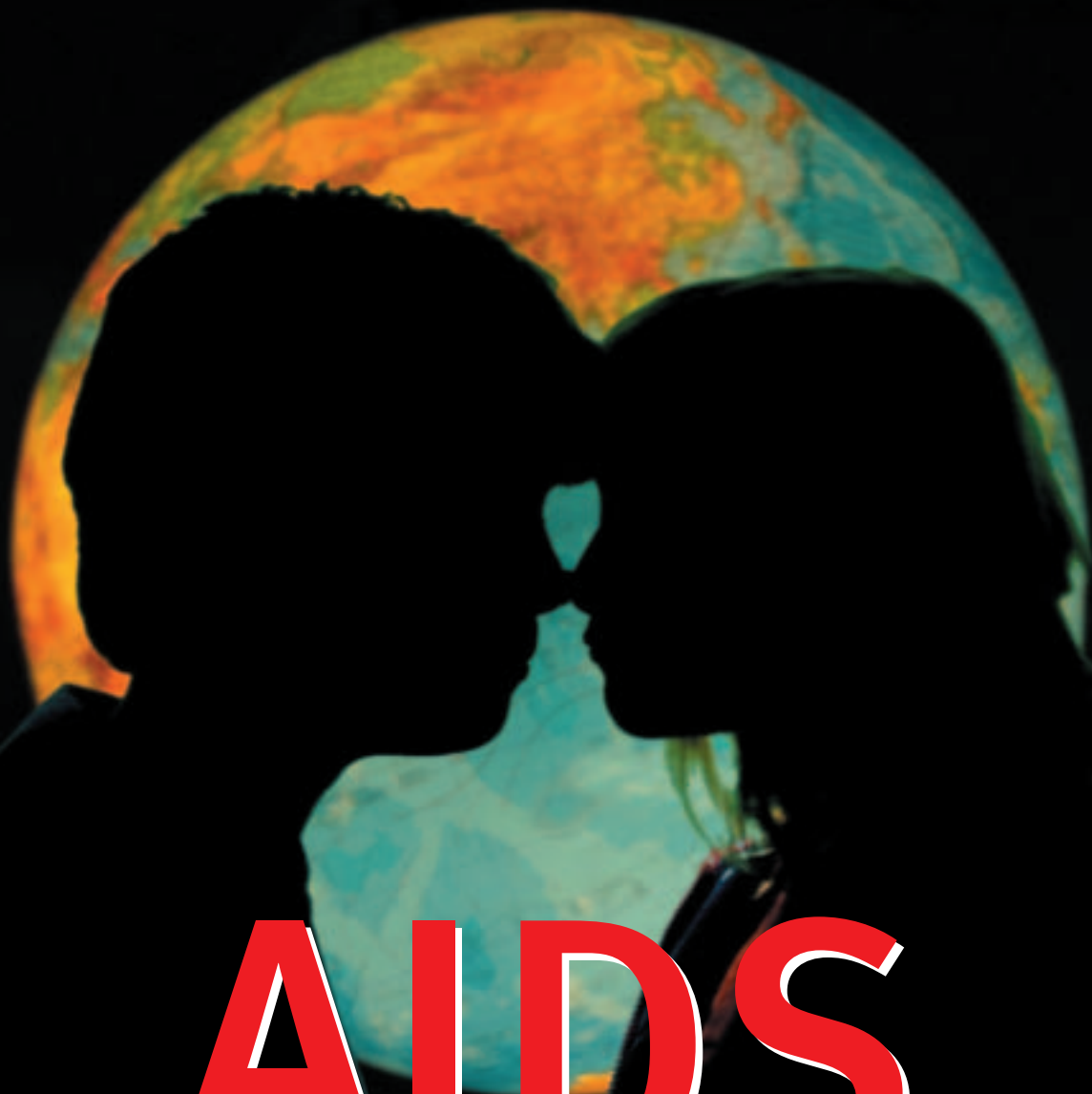


53. JAHRGANG HEFT 6 NOVEMBER/DEZEMBER 2008

magazin

www.awo.org

G 11394



AIDS

Welt  AIDS Tag 1.12.
GEMEINSAM GEGEN AIDS

MITMACHEN: WWW.WELT-AIDS-TAG.DE

IN DIESER AUSGABE

4 News

Die Hauptschule ist ein Verstärkungsfaktor für Jugendgewalt, behauptet der Kriminologe Christian Pfeiffer

7 AWO aktuell

Eva Luise Köhler, Ehefrau des Bundespräsidenten und Familienministerin Ursula von der Leyen besuchten AWO Einrichtungen.

12 Ins Bild gesetzt

Mit 15.000 Diensten und Einrichtungen ist die AWO in Deutschland ein bedeutender Anbieter im Sozialmarkt. In dieser Ausgabe stellen wir den »Werkstattverbund im Ennepe-Ruhr-Kreis« in Nordrhein-Westfalen vor.



14 Titel

20 Jahre Welt-Aids-Tag am 1. Dezember. Trotz erfolgreicher Prävention in vielen Ländern, trotz besserer therapeutischer Erfolge bleibt die Infektionskrankheit AIDS eine globale Katastrophe. Von Entwarnung kann deshalb keine Rede sein.



18 Bildungspolitik

Nach dem Bildungsgipfel: Bildungsexperte Stefan Sell plädiert für einen echten Systemwechsel.

20 Freiwilligenmanagement

Im Rahmen der Kursreihe »Freiwilligenmanagement« der AWO Bundesakademie schauen sich die Teilnehmer auch im Ausland um und machen die Erfahrung: Gutes aus Holland.

22 Altenhilfe International

In Schweden ist vieles besser, aber auch nicht alles. Fachkräfte aus der Altenpflege schauen sich – organisiert vom AWO Bundesverband – bei europäischen Nachbarn um.

24 Internationales

Nach den Wirbelstürmen: AWO International hilft in Kuba.

26 Fachinformationen

29 Impressum

30 Für Sie gelesen

32 Ländermagazin

Eine Woche lang machten 60 Kitas der AWO Niedersachsen »Kinderarmut« zum öffentlichen Thema.

42 Rätsel

Titelfotos: pixelio

Prof. Dr. Stefan Sell
Direktor des Instituts für
Bildungs- und Sozialpolitik
der FH Koblenz



Foto: privat

Also eines ist der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten wirklich gelungen – die Gefahr einer gipfelbedingten Infektion mit Realität und Praxis bestand definitiv nicht. Dabei hätte es dem Thema Bildung mehr als gut getan, wenn die Entscheidungsträger konfrontiert gewesen wären mit den Niederungen des Bildungsalltags in unserem Land. Aber dieses Defizit lag ja schon der »Bildungsreise« der Kanzlerin zugrunde, denn wenn sie sich wirklich hätte informieren wollen, wie es in den ganz normalen Kitas, Schulen und Hochschulen aussieht, dann hätte ein unangemeldeter ganztägiger Aufenthalt z.B. in einer Kita oder Schule in Berlin ausgereicht. So wurden nach wochenlangen Vorbereitungen ausgewählte Einrichtungen herausgeputzt und gleichsam potemkinsche Dörfer aufgebaut. In diese Kategorie fallen leider auch die meisten Beschlüsse des Gipfels vom 22.10.2008 in Dresden. Sieben große Handlungsfelder werden benannt – aber die meisten der dort gelisteten Maßnahmen sind bereits in anderen Zusammenhängen verabschiedet oder auf den Weg gebracht worden. In ihrer Verzweiflung, ihrer Leserschaft etwas Konkretes mitteilen zu können, beziehen sich nun viele Kommentatoren auf die Erhöhung der Ausgaben für Bildung und Forschung auf 10 % des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2015. Ja, wir werden dieses Ziel wohl auch erreichen – wobei die Aufteilung zwischen Bund und Ländern eine »Strategiegruppe« bis Oktober 2009 diskutieren soll. Was, wenn wir die Finanzkrise in diesem Tempo angegangen wären?

Der Bildungsgipfel – War da was?

Nein, wir werden die 10 % allein schon deshalb erreichen, weil in den kommenden Jahren sehr hohe Versorgungsausgaben für die pensionierten Lehrer und Lehrerinnen anfallen werden, die bei den Bildungsausgaben eingerechnet werden, die aber nichts aussagen darüber, was bei den Kindern und Jugendlichen auch ankommt. Ist mit Blick auf die Geschäftsfelder der AWO irgendetwas Interessantes zu berichten? Es ist aus den sonstigen Sonntagsgesprächen bekannt, dass der Bereich der frühkindlichen Bildung zunehmend auf Platz 1 gesetzt wird – und so kann es nicht überraschen, dass auch der Gipfel um dieses Thema kreiste. Genannt wurden da fast ausschließlich Maßnahmen, die teilweise schon Gesetz sind, wie der Ausbau der Krippenbetreuung. Allerdings spricht das Abschlussdokument konkret den Bedarf an 80.000 zusätzlichen Fachkräften für die Tageseinrichtungen sowie für die Tagespflege bis zum Jahr 2013 an und verspricht hier ein Qualifizierungspaket, das gemeinsam von Bund und Ländern getragen werden soll. Hier wird man nachfassen dürfen und müssen. Uns läuft bereits jetzt die Zeit davon. Und auch die angekündigte Umwandlung des bisherigen Übergangs- zu einem Einstiegssystem für die »Kellerkinder« unseres Bildungssystems wird man nachhaltig verfolgen müssen, denn hier gehen derzeit zu viele junge Menschen im Nirwana der Aufbewahrungsschleifen verloren.

Kinderärzte: Politik soll Erfolge gegen Kinderarmut belegen

Armut und Gesundheit

Foto: Friese



Ärztepräsident
Wolfram Hartmann

(pm/bikl.de) Der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte hat die Politik aufgefordert, in einem jährlichen Bericht darzulegen, was sie in den vergangenen zwölf Monaten gegen Kinderarmut unternommen und welche Erfolge sie erzielt hat. Dazu zählen nach Auffassung des Verbands u. a. kostenlose Kindertageseinrichtungen mit „höchster Qualität“.

Der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte Deutschlands (BVKJ e.V.) ist nach Aussage seines Präsidenten, Wolfram Hartmann, über die anhaltende Armut bei Kindern und Jugendlichen und ihren Familien in Deutschland sehr besorgt. Armut und Krankheitshäufigkeit von Kindern und Jugendlichen seien eng miteinander verknüpft. Sie würden überdurch-

schnittlich häufig unter den Folgen von Fehlernährung und Bewegungsmangel leiden, seien negativen Einflüssen von Medien in großem Maße ausgesetzt, hätten nur eingeschränkten Zugang zu früher musikalischer Erziehung und den Angeboten regionaler Vereine und neigten häufiger zu psychosomatischen und psychischen Erkrankungen sowie zu mangelndem Selbstwertgefühl. Dies äußere sich in Bauch- und Kopfschmerzen, Depressionen und sogar in Suizidgedanken.

Kinder aus armen Familien wiesen mehr frühkindliche Entwicklungsdefizite auf, würden deshalb häufiger die Schule abbrechen und hätten eine schlechte Sozialprognose, so Hartmann: „Wir erleben das regelmäßig in unseren

Praxen – eine Herausforderung, auf die unser Gesundheitswesen, aber auch unsere Gesellschaft bisher nicht ausreichend vorbereitet ist.“

Die Politik soll nach Auffassung des Ärzteverbands in einem jährlichen Bericht darlegen, was sie in den vergangenen zwölf Monaten gegen diese Armut unternommen und welche Erfolge sie erzielt hat. Mit finanziellen Zuwendungen an die Eltern allein sei es dabei nicht getan. Die Familien müssten wirksam von Fachleuten begleitet und in ihrer Erziehungs- und Alltagskompetenz gestärkt werden. Dazu gehörten kostenlose Kindertageseinrichtungen, in denen neben der Erziehung und Bildung der Kinder auch den Familien Kompetenz und Stärke vermittelt werden sollte.

Kriminologe sieht in der Hauptschule einen „Verstärkungsfaktor“ für Jugendgewalt

(bikl) Als probates Mittel gegen Jugendgewalt empfiehlt der Hannoveraner Kriminologe Prof. Christian Pfeiffer den Ausbau von Ganztagschulen in Deutschland. Anlässlich der Vorstellung einer neuen Studie des Kriminologischen Forschungsinstitutes

Niedersachsen erklärte Pfeiffer, dass sich die Hauptschule zu einem „eigenständigen Verstärkungsfaktor“ der Jugendgewalt entwickelt habe.

Bei einem Langzeitvergleich der Städte Hannover und München zur Jugendkriminalität hat die niedersächsische Landeshauptstadt deutlich besser abgeschnitten - auch im Hinblick auf Migranten, erklärte Pfeiffer. So sei bei türkischen Jugendlichen der Anteil de-

rer, die in Befragungen mehr als fünf Straftaten eingestanden, von 15,3 Prozent im Jahr 1998 auf

7,2 Prozent im Jahr 2005 gesunken. Im gleichen Zeitraum sei die Quote der Hauptschüler von 47,1 auf 32,5 Prozent zurückgegangen.

Immer mehr türkische Eltern entschieden sich gegen die Empfehlung der Grundschullehrer, ihre Söhne auf die Hauptschule zu schicken und meldeten sie stattdessen bei Gymnasien, Real- und Gesamtschulen an.

In München dagegen besuchten 61,4 Prozent der türkischen Neuntklässler eine Hauptschule. Dort stieg die Mehrfachtäterquote von 6 auf 12,4 Prozent. In Bayern müssen die Eltern der Schulempfehlung der Grundschule folgen.



Foto: pixelio

Bildungsland Deutschland

Nach einer Studie für die Hans-Böckler-Stiftung fehlen dem deutschen Bildungswesen jährlich 29,4 Milliarden Euro – vom Elementarbereich über die Allgemeinbildenden Schulen, die Berufs- und Hochschulen bis hin zur Weiterbildung. Der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne forderte anlässlich der Veröffentlichung der Studie eine „nationale Bildungsstrategie, bei der Bund, Länder und Gemeinden an einem Strang ziehen.“ Deutschland müsse künftig sieben Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) aus öffentlichen Mitteln in das Bildungswesen investieren. Nur so finde man wieder Anschluss an das europäische Spitzenniveau.

Die Studie „Gesellschaftliche Kosten eines zukunftsfähigen Bildungssystems“ ist unter www.boeckler.de/32014_91292.html abrufbar.

Kreativwettbewerb für Pflegekräfte

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat einen Kreativwettbewerb für Pflegekräfte und Auszubildende in der Altenpflege ausgerufen. Pflegekräfte von heute und morgen sollen dafür gewonnen werden, ihre Sicht auf gelebte moderne Altenpflege zu zeigen und so in der Öffentlichkeit ein facettenreicheres Bild dieses wichtigen Berufszweiges zu zeichnen. Die großartigen Leistungen, die tagtäglich in der Altenpflege vollbracht werden, finden leider nicht immer öffentliche Anerkennung. Pflegekräfte und Auszubildende sollen daher jetzt selbst einen Beweis für die hohe Qualität ihrer Arbeit bringen und auf kreative Art und Weise ihr berufliches Selbstverständnis darstellen.

Ob schriftliche Präsentation, Schnappschuss, kurzer Videofilm oder Audiobeitrag – alle Beiträge werden von einer Jury bewertet werden. Einsendeschluss war je nach Bundesland bereits der 1. Oktober 2008 oder ist noch der

1. Dezember 2008 möglich, d.h. für die Teilnehmer aus den Regionen Süd, West und Ost:

- Baden-Württemberg und Bayern gehören zur Region Süd und können am Festival der Altenpflege in Stuttgart teilnehmen.
- Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland gehören zur Region West und können am Festival der Altenpflege in Bonn teilnehmen.
- Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gehören zur Region Ost und können am Festival der Altenpflege in Dresden teilnehmen.

Der Kreativwettbewerb wird unterstützt von der BAG Freie Wohlfahrtspflege e.V., dem Deutschen Pflegerat, dem Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V. und der „Initiative Neue Qualität der Arbeit“.

Details zum Wettbewerb finden sich auf dem Onlineportal www.die-moderne-altenpflege.de

Krankenkassen setzen auf Prävention und Gesundheitsförderung

Mehr als drei Millionen vor allem junge Menschen nahmen 2006 an Maßnahmen teil, in denen hauptsächlich Bewegung, ausgewogene Ernährung und Stressbewältigung im Mittelpunkt standen. Besonders durch gesundheitsfördernde Maßnahmen in Kindergärten und Schulen werden Kinder und Jugendliche aus allen sozialen Schichten erreicht. Rund 1,4 Millionen Erwachsene, zumeist Frauen, nutzten ebenfalls die Angebote der Krankenkassen zur Prävention. Gegenüber dem Jahr 2005 war dies ein Zuwachs von 17 Prozent. Im Rahmen der Betrieblichen Gesundheitsförderung (BGF) nahmen rund 935.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an Maßnahmen teil; das bedeutete gegenüber 2005 ein Zuwachs um 35 Prozent. Inhalllich ging es überwiegend darum, körperliche Belastungen zu vermeiden oder zu reduzieren.

Arme Kinder: Viel Fernsehen, wenig Computer

(bikl/pm). Kinder und Jugendliche in Deutschland nutzen das Internet wie nie zuvor. In den vergangenen Jahren hat sich die Zahl der surfenden Kinder verfünffacht. Aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse weisen aber auch auf einen Zusammenhang zwischen Armut und Medienausstattung hin: Waren im Jahr 2007 nur 38 Prozent der Bevölkerung in Deutschland mit einem Gehalt von unter 1.000 Euro online, so sind es beim Einkommen von über 3.000 Euro knapp 84 Prozent. „Hier muss von einer digitalen Ungleichheit bzw. Spaltung gesprochen werden“, kommentierte der Vizepräsident des Deutschen Kinderhilfswerkes Prof. Joachim von Gottberg die Zahlen.

Europa



Ein Prozent für die Bildung

(pm) Nach Angaben von Eurostat, dem Statistischen Amt der EU, wurde ein Drittel der Ausgaben der privaten Haushalte in der Europäischen Union im Jahr 2005 für Wohnen, inklusive Hausrat und Möbel und fast ein Fünftel für Lebensmittel, Getränke und Tabakwaren ausgegeben. Die andere Hälfte der Ausgaben entfiel in erster Linie auf Verkehr, Freizeitgestaltung und Kultur, Bekleidung und Schuhe, Hotels und Gaststätten, Gesundheitspflege, Kommunikation. Als Schlusslicht in dieser Tabelle rangiert die Bildung mit einem Prozent.

Insgesamt mussten Haushalte mit dem niedrigsten Einkommen 60 Prozent ihrer Ausgaben für Lebensmittel und Wohnen aufbringen, Haushalte mit dem höchsten Einkommen dagegen nur 45 Prozent.

Europäische Politik will Bürger besser erreichen

Brüssel. Die EU-Kommission will das allgemeine Interesse an europäischer Politik stärken. Nach der Hörfunk will sie auch die TV-Berichterstattung ausbauen. Ein Netzwerk von Fernsehsendern, mehr eigenproduzierte Videos auf der Internetplattform EUtube, mehr Fernsehbilder über den eigenen Satellitendienst – all das soll das Verständnis der Bürger für Europa fördern. Die Vizepräsidentin der Kommission, Margot Wallström, als Kommissarin zuständig für die EU-Kommunikationsstrategie, wirft den Medien vor, die nötigen Informationen nur unzureichend zu liefern. Die Zeitungen berichten nach Angaben der Kommission umfangreich, aber die meisten Bürger würden sich über TV oder Radio informieren, und da sähe es finster aus. Weniger als zehn Prozent der Zeit für Inlandsnachrichten füllten Europathemen, so Brüssel.

EU-Bürger verlangen nach sozialer Sicherheit

Die Stimmung unter den Unionsbürgern ist nicht gut: Laut einer Umfrage der EU-Kommission fürchten über die Hälfte der Europäer, dass die Globalisierung den wirtschaftlichen Wohlstand in Europa schmälern wird. 57 Prozent der rund 25.000 Befragten stimmten der Aussage zu, in 20 Jahren würden die Europäer aufgrund zunehmenden Wettbewerbs durch Schwellenländer wie China und Brasilien weniger verdienen. Seit die Märkte unter einem zunehmenden globalen Wettbewerbsdruck stehen, vergrößern sich die Einkommensunterschiede zunehmend mehr. Diese Entwicklung belastet nicht nur die Sozialsysteme, sondern auch die europäische Wirtschaft insgesamt. Soziale Zufriedenheit in der Bevölkerung ist ein Standortfaktor für die europäische Wirtschaft.

„Die soziale Dimension ist untrennbar verbunden mit der Lissabon-Strategie“, betonte daher auch Kommissionspräsident José Manuel Barroso bei der Präsentation der Mitte des Jahres neu aufgelegten Sozialagenda. Sie umfasst 20 Initiativen aus den Bereichen Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, Jugend und Erziehung, Gesundheit, Informationsgesellschaft und Wirtschaft.

Europa



Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung

Nach dem Willen der EU-Kommission sollen Kassenpatienten die Kosten für Arztbesuche und Klinikaufenthalte in einem anderen Mitgliedsland leichter abrechnen können. Dazu hat die Kommission einen Richtlinienvorschlag veröffentlicht.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in mehreren Urteilen klare definierte Patientenrechte auf europäischer Ebene angemahnt. So hatten EU-Bürger während eines Auslandsaufenthaltes innerhalb der EU einen Arzt besucht und dessen Rechnung zu Hause bei ihrer Krankenkasse eingereicht. Doch immer wieder weigerten sich die Kassen wegen fehlender Vorschriften, die Kosten zu erstatten. Der EuGH entschied in der Regel für den Patienten, doch solche Entscheidungen reichen nach Auffassung der Richter für eine allgemeine Rechtsgrundlage nicht aus.

Der Richtlinienentwurf zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung ist Teil des Sozialpakets, das die EU-Kommission vorgelegt hat. Danach sollen Kassenpatienten Leistungen ihrer Krankenkassen im EU-Ausland genauso in Anspruch nehmen können wie zu Hause, ohne zuvor eine Genehmigung einholen zu müssen.

Bildungschancen von Migrantenkindern

Die EU-Kommission hat mit einem Grünbuch die Debatte über eine neue Bildungspolitik für Migrantenkinder angestoßen. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie eine Ausgrenzung im schulischen Bereich vermieden werden kann. Nach Ansicht von EU-Bildungskommissar Ján Figel machen Migrantenkinder in der Schule die Erfahrung, dass sie dem Leistungsanspruch nicht genügen und ausgegrenzt werden. Wenn sich dies in ihrem späteren Leben fortsetze, bestehe die Gefahr, dass sie solche Muster an die nächste Generation weitergeben. Das Grünbuch stellt Konzepte vor, die den Bildungserfolg von Migrantenschülern stützen sollen.

EU-Innenminister wollen Einwanderungspakt

Der Abschluss eines europäischen „Einwanderungs- und Asylpakts“ ist eines der zentralen Ziele, dem sich die französische EU-Ratspräsidentschaft verschrieben hat.

An einem ersten Entwurf wird deutlich, dass die EU die Bekämpfung illegaler Einwanderung verschärfen will. Gleichzeitig soll eine gemeinsame Einwanderungspolitik auf die Bedürfnisse des europäischen Arbeitsmarktes angemessen reagieren können. Ein wichtiges Instrument dabei ist die „zirkuläre Migration“. Darunter versteht die EU-Kommission die mehrfache Wanderung zwischen Herkunfts- und Aufnahmeland. Den Mitgliedstaaten bleibt es vorbehalten, aus wirtschaftlichen und humanitären Gründen illegal Eingereisten das Bleiben zu gestatten. Ein „europäisches Unterstützungsbüro“ soll den Mitgliedstaaten bei der Abstimmung von Asylverfahren helfen.

Wirtschaft

Keine Angst vorm »bösen« Sozialstaat

Niedrigere Unternehmensteuern machen ein Land nicht notwendigerweise attraktiver für ausländische Investoren, berichtet der Informationsdienst »Böckler-Impuls« aus einer Studie des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und der Universität Dundee in Schottland. Danach seien staatliche Sozialausgaben den internationalen Konzernen ebenso wichtig, denn sie sorgten für ein gutes soziales Klima.

Untersucht wurden ausländische Direktinvestitionen in 18 hoch entwickelten Industrienationen in den Jahren 1984 bis 1998. Ergebnis: Multis sind nicht eindimensional auf die Steuerlast fixiert. Sie schauen auf das „Preis-Leistungs-Verhältnis“

eines Investitionsstandortes. Internationale Konzerne sehen in der Besteuerung von Unternehmensgewinnen immer dann keinen Hinderungsgrund für Investitionen, wenn sie im Gegenzug staatliche Leistungen erwarten, die ihr wirtschaftliches Umfeld verbessern. Und damit ist nicht nur die Qualität der öffentlichen Infrastruktur gemeint, also ein funktionierendes Verkehrsnetz und eine stabile Energieversorgung. Wichtig seien den ausländischen Investoren auch staatliche Ausgaben für soziale Zwecke. Denn diese förderten politische Stabilität und sozialen Frieden und erhöhten die Leistungsmotivation der Beschäftigten sowie deren Bildung und Gesundheit.

Bildung

Zehn Semester kosten rd. 46.000 Euro

Dortmund/Berlin. Ein zwölfsemestriges Studium kostet nach Berechnungen des Deutschen Studentenwerks (DSW) ohne Studiengebühren die Studierenden im Durchschnitt mehr als 55.000 Euro; 10 Semester schlagen mit rund 46.000 Euro zu Buche, ein sechssemestriges Bachelor-Studium immer noch mit 28.000. Hinzu kämen noch Studiengebühren, die im Jahr der Berechnung 2006 noch nicht zu entrichten waren.

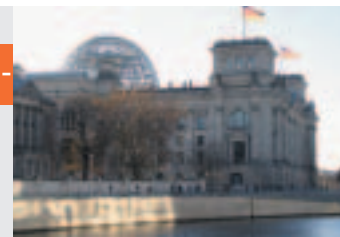
Nach Auffassung des DSW-Präsidenten Rolf Dobischat werden mehr begabte junge Menschen aus hochschulfernen, einkommensschwächeren Familien gebraucht. Der neuralgische Punkt in vielen Familien sei die Studienfinanzierung. 90 Prozent der Studierenden würden derzeit mit durchschnittlich 448 Euro im Monat von ihren Eltern unterstützt; seit Jahren steige der Anteil der elterlichen Unterstützung und sei mit nunmehr 52 Prozent die wichtigste und größte Säule zur Studienfinanzierung, weit vor dem Jobben und dem BAföG.

Täglich nehmen Jugendämter 77 Kinder in Obhut

Wiesbaden (ots). Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, wurden im Jahr 2007 in Deutschland 28 200 Kinder und Jugendliche von Jugendämtern in Obhut genommen. Dies waren rund 2 200 (+ 8,4%) mehr als 2006. Damit leisteten die Jugendämter rein rechnerisch jeden Tag für 77 Kinder und Jugendliche „erste Hilfe“, im Vorjahr waren es pro Tag rechnerisch 71 Kinder und Jugendliche gewesen. 435 dieser Inobhutnahmen waren sogenannte Herausnahmen, das heißt, die Kinder wurden gegen den erklärten

Willen der Sorgeberechtigten in Obhut genommen. Im Jahr 2006 hatte es 151 „Herausnahmen“ gegeben. Mit einem Anteil von 55 % (15 400) aller in Obhut Genommenen waren Mädchen wie in den Vorjahren in der Überzahl. Der mit Abstand meistgenannte Anlass für die Inobhutnahme war in 44 % der Fälle die Überforderung der Eltern. Bei 6 500 der Kinder und Jugendlichen (23 %) waren Vernachlässigung beziehungsweise Anzeichen für Misshandlung oder für sexuellen Missbrauch festgestellt worden.

-- Im Deutschen Bundestag -----



2,3 Millionen EU-Bürger leben in Deutschland

Berlin. (hib/HLE) In der Bundesrepublik Deutschland leben, nach Angaben der Bundesregierung, rund 2,3 Millionen Bürger aus anderen EU-Ländern. Die meisten stammen aus Italien (528.318), gefolgt von Polen (384.808) und Griechenland (294.891). Schlusslicht sind die Mittelmeer-Staaten Zypern (875) und Malta (410).

Das Wanderungsvolumen hat nach Angaben der Regierung zwischen den 2004 aufgenommenen zehn neuen EU-Staaten und der Bundesrepublik stark zugenommen. So sei die Zahl der Zuzüge aus diesen Staaten seit 2003 kontinuierlich von 129.566 auf 199.447 im Jahre 2006 angestiegen. „Dabei stieg insbesondere die Zahl der Zuzüge von polnischen Staatsangehörigen, und zwar um 73 Prozent seit 2003“, teilt die Regierung mit.

Auch zwischen anderen EU-Ländern gibt es Wanderungsbewegungen größeren Ausmaßes. So stellen rumänische Staatsangehörige mit jährlich mehr als 100.000 Personen die größte Gruppe der Zuwanderer aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern nach Spanien. Seit der EU-Erweiterung 2004 wurden in Großbritannien etwa 769.300 Arbeitnehmer aus den beigetretenen mittel- und osteuropäischen Staaten registriert. Davon stammten zwei Drittel aus Polen. Schweden meldete eine Zunahme der Zuwanderer-Zahlen um 124 Prozent.

Einkommen und Bildung haben Einfluss auf bürgerschaftliches Engagement

Berlin. (hib/CHE) Je niedriger das Einkommen und der Bildungsgrad, desto geringer ist das politische und bürgerschaftliche Engagement. Das geht aus dem Dritten Armuts- und Reichtumsbericht hervor. Dabei gehe die Schere bereits beim reinen Interesse auseinander: So interessiert sich die Mehrheit der Bevölkerung (64 Prozent) kaum für Politik, Akademiker zeigen deutlich mehr Interesse (54 Prozent) als Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen (31 Prozent).

Das soziale, kulturelle und bürgerschaftliche Engagement hänge von den Faktoren Einkommen und Bildung ab. Das zeige sich bereits bei den Kindern, so der Bericht. 73 Prozent der Kinder in Deutschland seien regelmäßig in einem Verein, einer Musikschule oder sonstigen Gruppe aktiv. Von Kindern aus der „untersten Herkunftsschicht“ träfe dies aber nur auf 47 Prozent zu. „Je gehobener die Schicht, desto größer ist der Anteil der aktiven Kinder – in der obersten Schicht liegt er bei 89 Prozent.“ Von den Kindern mit Migrationshintergrund beteiligten sich 63 Prozent an derartigen Aktivitäten gegenüber 77 Prozent der einheimischen deutschen Kinder.

Familienministerin besucht Mehrgenerationenhaus in Schweinfurt

Helga Königer, Geschäftsführerin der AWO in Schweinfurt, Bundesministerin Ursula von der Leyen, Amanda KäB, Ehrenvorsitzende der AWO, Werner Bonengel, AWO Vorsitzender (v.l.n.r.)



Foto: AWO

Nachdem im Februar dieses Jahres Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen das Mehrgenerationenhaus der AWO in Schweinfurt in das Aktionsprogramm aufgenommen hatte, machte sie sich nun bei einem Besuch vor Ort selbst ein Bild von den Angeboten

des Hauses. Auch in Schweinfurt steht die Arbeit ganz im Zeichen des Generationendialogs. Hervorgegangen aus dem Treff einer Seniorenwohnanlage wurde der Treff immer weiter ausgebaut. Zentraler Treffpunkt des Hauses ist das Generationen-Café, wo Menschen al-

ter Alterstufen in ungezwungener Atmosphäre Kontakte knüpfen und sich kennen lernen können.

Die Angebote sind vielseitig: Aktionsprogramme für Senioren und Kindergartenkinder; regelmäßig werden Frauenaktionsprogramme angeboten, Mütter- und Väterkuren vermittelt. Offene, flexible Betreuungsangebote für Kinder und Senioren sind hinzu gekommen. Schon heute liegt ein Schwerpunkt der Arbeit auf der Vermittlung von Dienstleistungen rund um Haushalt und Familie. Rund 500 Mehrgenerationenhäuser gibt es mittlerweile in Deutschland. „Räume schaffen, wo Generationen sich treffen“, das sei das Ziel des Programms Mehrgenerationenhäuser sagte die Ministerin bei ihrem Besuch und überreichte feierlich das offizielle Schild.

Eva Luise Köhler informierte sich bei AWO Kurberatungsstelle

Halberstadt. Eva Luise Köhler, Schirmherrin des Müttergenesungswerkes, MGW, besuchte die Kurberatungsstelle der AWO in Halberstadt. Seit vielen Jahren berät und unterstützt die Kurberatungsstelle Frauen bei der Antragstellung für eine Mütter- oder Mut-

ter-Kind-Kurmaßnahme. Eva Luise Köhler hatte sich für diese Kurberatungsstelle entschieden, weil sie über Information und Beratung hinaus vielfältige Leistungen zur Nachsorge anbietet. Deren Ziel ist es, die während der stationären Maßnahmen erzielten Erfolge lang-

fristig zu sichern und eine Implementierung in den Familienalltag zu erleichtern.

Drei Halberstädterinnen berichteten Köhler von ihren erfolgreich absolvierten Mutter-Kind-Kuren und der Bedeutung der von der AWO Halberstadt angebotenen Nachsorge. Köhler lobte das Engagement des Trägers, der gute Rahmenbedingungen geschaffen habe. Mit ihrem Besuch, so Köhler, wolle sie die Arbeit des Müttergenesungswerkes bekannter machen und insbesondere die Müttergenesungsarbeit der AWO in Halberstadt würdigen.

„Es gibt hier in Halberstadt für die Frauen nach der Kur eine Nachbetreuung, wie es die therapeutische Kette des MGW vorsieht. Das ist nicht selbstverständlich. In dieser intensiven Form gibt es das nicht in allen Beratungsstellen, weil es schlicht und einfach an Stellen fehlt“, sagte die MGW-Schirmherrin.

Eva Luise Köhler (Mitte), Schirmherrin des Müttergenesungswerkes, informierte sich bei der AWO Halberstadt über die Arbeit der Kurberatungsstelle



Foto: AWO

5 Millionen Pizzen für den AWO Kinderfonds

Bundesweiter Verkaufsstart erfolgt

Burg/Sachsen-Anhalt. Durch eine Kooperation mit dem Burger Pizzahersteller HASA hat der AWO Kinderfonds in Sachsen-Anhalt sein Engagement gegen Kinderarmut bundesweit ausdehnen können. Pro verkaufter „Pizza Amore“ werden 10 Cent an den AWO Kinderfonds gehen. Ziel ist es, fünf Millionen Tiefkühlpizzen mit Hilfe der Handelsketten in Deutschland zu verkaufen. Es ist das erste Mal, dass die AWO und ein Wirtschaftsunternehmen gemeinsam ein bundesweites Projekt starten (*AWOmagazin*

berichtete darüber in der Ausgabe 5/2008). Der bundesweite Verkaufsstart der „AWO Pizza“ erfolgte offiziell im September, im Einkaufszentrum Marktkauf in Burg bei Magdeburg. Beim Verkaufsstart waren mit dabei die AWO Landesvorsitzende Petra Grimm-Benne, Burg's Oberbürgermeister Bernhard Sterz sowie die HASA Geschäftsführer Andreas Czayka und Holger Pitsch.

Zum Pizza-Start gab es vor dem Einkaufszentrum ein Kinderfest, bei dem die neue AWO-Pizza gleich probiert werden konnte.



HASA Geschäftsführer Andreas Czayka (li.) und Petra Grimm-Benne (re.) gaben den Verkaufsstart frei.

CARE-Erinnerungsstiftung unterstützt Erholungsaufenthalte für pflegende Angehörige

Viele pflegebedürftige Menschen werden von ihren Angehörigen zu Hause oft unter sehr schweren Bedingungen gepflegt. Nur selten haben diese Angehörigen Gelegenheit, sich von ihrer anstrengenden Aufgabe zu erholen. Deshalb hat der Vorstand der CARE-Erinnerungsstiftung beschlossen, die Zweckbestimmungen zu erweitern. Zuschüsse aus Mitteln der Stiftung werden nunmehr auch für Vor- und Nachsorge-Kuren gewährt und zwar

- für Mütter, die im eigenen Haushalt behinderte Kinder betreuen
- für Mütter, die im eigenen Haushalt mehr als 3 Kinder versorgen.

Allerdings können nur solche Personen einen Zuschuss erhalten, die nicht aus eigener finanzieller Kraft in der Lage sind, sich einen angemessenen Kur- oder Erholungsaufenthalt zu leisten. In diesen Fällen können ab sofort Zuschüsse in Höhe von 25 Euro pro Tag bis zu einer Höchstdauer von 4 Wochen (Höchstbetrag 625 Euro) bewilligt werden. Antragsformulare sowie Merkblätter zur Förderung sind bei jedem Landes-, Bezirks- oder Kreisverband der AWO vorhanden. Dort erfolgt auch die Antragstellung und Weiterleitung an den Bundesverband. -mk-

Organisation

Siegi Depold führt AWO Niederbayern/Oberpfalz

Pocking. Die AWO-Bezirkskonferenz Niederbayern/Oberpfalz hat Siegfried Depold zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er löste Erich F. Schmid ab, der nicht mehr kandidierte. Siegi Depold war bereits eine Periode einer der stellvertretenden Vorsitzenden des Doppelbezirks.

Depold kündigte an, verstärkt auf die Verbandsarbeit zu setzen und startete in diesem Zusammenhang eine bezirksweite Mitgliederwerbemaßnahme, die im September 2009 enden wird. Zugleich will er den unternehmerischen Bereich des Verbandes auf einen sozialen Dienstleistungsbetrieb hinführen. So sollen Verbände im Kinder-, Jugend- und Schulbereich verstärkt mit den Kommunen zusammenwirken und im Seniorenbereich sollen Betreibergesellschaften von Wohn- und Pflegeheimen sowie betreutem Wohnen entstehen.

Eva-Maria Lemke-Schulte ist neue Präsidentin der AWO-Bremen

Die Delegierten der AWO-Kreiskonferenz in Bremen haben die ehemalige Bausenatorin und frühere SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Eva-Maria Lemke-Schulte mit überwältigender Mehrheit zur neuen Präsidentin gewählt. Sie übernahm das Amt von Andreas Weichert in einer für die AWO schwierigen Situation. Sie versprach den Delegierten, sich dafür einzusetzen, dass die AWO als wichtige Stimme im politischen „Chor“ der Hansestadt wahrgenommen wird und gemeinsam mit dem hauptamtlichen Vorstand alles dafür zu tun, im laufenden Sanierungsprozess möglichst viele der Angebote und damit auch der Arbeitsplätze in Bremen zu erhalten.

Inzwischen hat sich das neue Präsidium konstituiert und wählte Erich Kruschel einstimmig zum stellvertretenden Präsidenten. Der gelernte



Eva-Maria Lemke-Schulte (re.) mit den Mitgliedern des Präsidiums Erich Kruschel, Ute Wedemeier, Sabine Kruse, Michael Schnepel (v.l.n.r.).

Bankkaufmann arbeitet bei einem renommierten Bankinstitut und kann somit einiges an Wissen in die Präsidiumsarbeit einbringen.

Auf das neue Präsidium der AWO Bremen warten eine Fülle von nicht einfachen Aufgaben. Neue Modelle für die Zukunftssicherung möglichst vieler AWO-Begegnungsstätten müssen u.a. erarbeitet werden, da die Zuschüsse in der Vergangenheit drastisch gekürzt worden sind.

-pm-

Organisation

Fred Gieseler für weitere vier Jahre wieder gewählt

Rotenburg a. d. Fulda. Die Delegierten der Bezirkskonferenz der AWO Hessen-Nord haben Fred Gieseler einstimmig für weitere vier Jahre zum Vorsitzenden der Bezirks gewählt. Stellvertretende Vorsitzende wurden Günter Engel, (Witzenhausen) und Dieter Schreiber (Eschwege).



Der neue Vorstand der AWO Hessen-Nord: Dieter Schreiber, Hans-Peter Josten, Barbara Wiegand, Manfred Stremplat, Günter Engel, Vorsitzender Fred Gieseler, Helmut Jordan, Michael Schmidt, Geschäftsführer (v.l.n.r).

„Mit dem neuen Vorstand werden wir uns auch künftig stark machen für eine nachhaltige Weiterentwicklung des Mitgliederverbandes und unserer Dienstleistungen, um einen wichtigen Beitrag für unser Gemeinwesen zu leisten. Wir wollen den eingeschlagenen Weg als erfolgreiches Sozialunternehmen weitergehen, verbunden mit den Werten unseres Mitgliederverbandes“, sagte Fred Gieseler anlässlich seiner Wiederwahl.

In seinem Rechenschaftsbericht an die Delegierten hob der Geschäftsführer des Bezirks, Michael Schmidt, die gute wirtschaftliche Entwicklung hervor. Diese stehe in engem Zusammenhang mit der Ausgründung der meisten Einrichtungen in eine gemeinnützige Gesellschaft. Zugleich sei das Qualitätsmanagement weiterentwickelt worden, so dass jetzt in allen Einrichtungen hohe überprüfbare Standards gelten.

AWO Braunschweig stoppt Mitgliederschwund

Braunschweig. Zum ersten Mal seit zehn Jahren hat die AWO Braunschweig, nach Angaben ihres Geschäftsführers Rifat Fersahoglu-Weber, einen Mitgliederschwund stoppen können. 800 neue Mitglieder seien in jüngerer Zeit gewonnen worden, damit habe man seit langem wieder einen stabilen Mitgliederbestand.

Es sei schwierig, so Fersahoglu-Weber, jüngere Mitglieder zu gewinnen, denn nur noch wenige würden sich fest an Vereinsstrukturen binden und Funktionen übernehmen wollen. Er kündigte an, mit den Bezirksverbänden Hannover, Weser-Ems sowie den Landesverbänden Schleswig-Holstein und Bremen eine Modellregion zu bilden, um sich gemeinsam um die Förderergewinnung zu kümmern.

AWO – Corporate Design: Online-Stylguide für alle

Berlin. Auf Grundlage des neuen Designs wird derzeit vom AWO Bundesverband ein kompletter Satz von Muster-Dokumenten gestaltet.

Neu ist, dass mit Hilfe eines speziell entwickelten AWO-Design-Guidelines und verschiedener Templates alle Nutzerinnen und Nutzer schnell und einfach in die Lage versetzt werden, das neue Design umzusetzen. Einfach die gewünschte Datei auswählen – downloaden – nutzen.

Neben exemplarischen Anwendungen und einer Online-Dokumentation werden die Dateien bis spätestens Ende November 2008 auf einer Online-Datenbank zur Verfügung gestellt werden.

Folgende Dokumente werden erstellt:

- Titelkonzept für Broschüren und Flyer (je mit und ohne Bild)
- Flyergestaltung
- Muster-Innenseiten Verbandsbericht
- Anzeigen in den Formaten: 2/1S, 1/1S, 1/2quer, 1/3quer
- Personalanzeigen: 2spaltig/10cm hoch
- Plakate in den Formaten: DIN A1; DIN A2, DIN A3
- Großflächenplakat: 18/1 Bogen (ca. 252cm Höhe x 356cm Breite)
- City-Light-Poster: Format 119 cm Höhe x 175 cm Breite (sichtbare Fläche: 115 x 170 cm)
- Gestaltung/Vermessung der Pressemappe

Weitere Fragen rund ums Corporate Design beantwortet Berit Gründler (T.: 030 - 26 309 445); Email: berit.gruendler@awo.org

Service für die Bahn AG

Die 240.000 Beschäftigten der Deutsche Bahn AG können seit September die Beratungs- und Vermittlungsleistungen der ElternService AWO GmbH in Anspruch nehmen und bundesweit ihre Kinderbetreuung mit der AWO organisieren. Mehr Infos bei: www.elternservice-awo.de

Franz Maget mit der Marie-Juchacz-Plakette ausgezeichnet

München. Für sein langjähriges und nachhaltiges Engagement in der AWO wurde der Landtagsabgeordnete und SPD-Spitzenkandidat der zurückliegenden bayerischen Landtagswahl Franz Maget in München mit der Marie-Juchacz-Plakette ausgezeichnet. Der AWO-Bundesvorsitzende Wilhelm Schmidt überreichte die nach der Verbandsgründerin benannte Plakette zusammen mit einer Urkunde. Es ist die höchste Auszeichnung, die der AWO Bundesvorstand zu vergeben hat. Schmidt bezeichnete es als „gute und wichtige Tradition“, dass Mandatsträger der SPD bei der AWO „mit anfasen“. Franz Maget habe dies ab 1984 zunächst als Vorsitzender der Münchner AWO, dann von 1989 bis 2000 als Bezirksvorsitzender in

Oberbayern sehr erfolgreich getan. "Franz Maget sei als Vorbild für andere Politiker herauszuheben", sagte Schmidt in seiner Laudatio. Trotz seiner verantwortungsvollen Funktionen und Verpflichtungen habe er immer noch Zeit für die praktische Arbeit des Verbandes gefunden.

Maget freute sich sehr über die höchste Auszeichnung der AWO. Sie sei lange ein wichtiger Teil seines Lebens gewesen und er habe in dieser Zeit viel gelernt. So könne er heute nicht nur über Sozialpolitik sprechen, sondern durch seine Verbandstätigkeit beherrsche er auch das Handwerkszeug, wenn es zum Beispiel um Pflegesätze oder Kindergartenfinanzierung gehe. Ein ehrenamtliches Engagement könne er deshalb jedem empfehlen.

Neue Einrichtungen – Neue Dienste

AWO gibt sieben Mio. Euro aus

Gießen. Der Stadtkreisverband der AWO in Gießen investiert in einen Erweiterungsbau am «Albert-Osswald-Haus», um 52 zusätzliche Heimplätze zu schaffen. Darüber hinaus werden zwei Altgebäude des Seniorenzentrums mit jetzt 192 stationären Plätzen und acht Kurzzeitplätze modernisiert. Die AWO wird in die Baumaßnahme, die bis 2010 fertig gestellt sein soll, rd. sieben Millionen Euro investieren.

Ein neuer Regenbogen

Thüringen. Im ostthüringischen Eisenberg wurde vor wenigen Wochen der neu gebaute AWO-Kindergarten „Regenbogen“ eingeweiht, in den Kreisstadt und AWO rund 2,4 Mio. Euro investiert haben.

Mit dem Neubau steht den 95 Mädchen, Jungen und dem pädagogischem Personal eine hochmoderne, kindgerechte Einrichtung zur Verfügung, die allen Anforderungen zeitgemäßer Kinderbetreuung entspricht. Auf zwei Etagen befinden sich die Gruppenräume, Funktions- und Schlafräume, Sanitärebereiche und Garderoben. Große Glasfassaden sorgen für natürliches Licht, ein Teil des Daches ist als Terrasse nutzbar.

Zentrum für 100 Pflegebedürftige

Ulm. Ein neues Seniorenzentrum hat die AWO Württemberg in Ulm eröffnet. Die Einrichtung beherbergt 84 stationäre Pflegeplätze, 4 Kurzzeit- und 12 Tages-Pflegeplätze. Nach Aussage von Geschäftsführer Reinhold Schimkowski ist das Haus nach Erkenntnissen der Pflegewissenschaft mit einer modernen und altersgerechten Architektur gestaltet. Wellenförmig geschwungene Baukörper mit sich öffnenden Fluren, zwei parallel verlaufende Lichtachsen und großzügige Aufenthaltsräumen schaffen ein Raumklima, das sich von bisher klinikähnlichen Baustandards wohltuend abhebe, so Schimkowski. 84 Pflegeplätze stehen in Einzelzimmern, aber auch in 11 Doppelzimmern zur Verfügung. Für Menschen mit Demenzerkrankungen gibt es einen speziellen Wohnbereich, der mit seinem pflegerischen Konzept auf deren Bedürfnisse zugeschnitten ist.

Das Haus hat rund 11 Millionen Euro gekostet, berichtet Marianne Beck, die Vorsitzende der AWO Württemberg. Davon trägt das Land 2,4 Mio., die Stadt Ulm 1,2 Mio. und 500 000 Euro kamen von der ARD Fernsehlotterie „Ein Platz an der Sonne“.

AWO weihte neuen Pflgetrakt ein

Saarland. Die AWO in Saarlouis hat den Pflgetrakt ihres neuen Wohn-, Pflege- und Beratungszentrums eingeweiht. Der Bau ist an das ehemalige städtische Altenheim angegliedert. Die AWO hatte das Heim 2006 übernommen und mit Umbaumaßnahmen begonnen. Neben dem Seniorenzentrum für 94 Bewohner soll auf dem Gelände ein Haus der Begegnung entstehen. Auch ein Beratungszentrum ist geplant. Bis Anfang des kommenden Jahres sollen die Arbeiten beendet sein. Die AWO investiert in Sanierung und Umbau rund 7,5 Millionen Euro.

Eine neue Mini-Kita

Vermold. Im ostwestfälischen Vermold hat die AWO die neue Mini-Kita »Spatzennest« eröffnet. 15 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren stehen zur Verfügung, davon sind einige für ortsansässige Unternehmen reserviert, die für die Kinder ihrer Mitarbeiter Plätze buchen können.



Foto: AWO

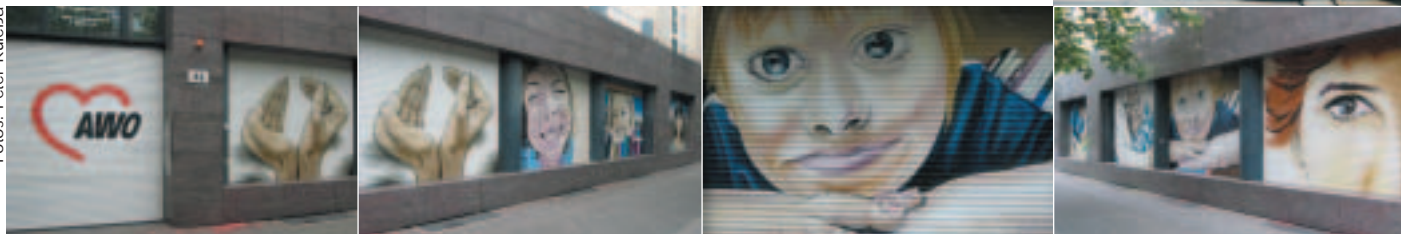
Neue Kita und Sozialstation in Chemnitz

Von zwei neuen Projekten berichtet der AWO KV in Chemnitz. Bereits Ende des Jahres sollen 170 Kinder in eine neu erbaute Kindertagesstätte einziehen und eine neue Sozialstation soll das gesamte Leistungsspektrum an häuslicher ambulanter Pflege in einer neuen Wohnanlage mit 50 barrierefreien Wohnungen anbieten.

So schön kann »Sprayen« sein

Berlin. Ärgerlich und nicht sehr einladend. Immer wieder waren die Jalousien der gemeinsamen Geschäftsstelle von AWO-Bundesverband und Landesverband Berlin in der Berliner Blücherstraße mit Schmierereien oder Graffiti „verziert“. Bundes- und Landesverband kamen daher zu dem Schluss, die Jalousien von „professionellen Sprayern“ gestalten zu lassen. »Graffiti statt Graffiti« so zu sagen. Das Resultat der Agentur »nema-one« kann sich sehen lassen. Neben der gelungenen Gestaltung hat das Ganze überdies einen Vorteil: Von Graffiti-sprayern gestaltete Objekte werden – quasi eine Frage der Ehre – nicht von anderen Sprayern übersprüht.

- kup -



Fotos: Peter Kuleßa

Arbeit schaffen – Qualität liefern

Der Werkstattverbund im Ennepe-Ruhr-Kreis

Aufgabe der Werkstätten ist die Rehabilitation und Integration von Menschen mit Behinderungen. An drei Standorten in Gevelsberg-Asbeck, Sprockhövel und Sprockhövel-Haßlinghausen bietet der Werkstattverbund seine Dienstleistungen an. Insgesamt werden 540 Menschen mit geistiger, körperlicher oder psychischer Behinderung betreut und gefördert.

Das Leistungsangebot umfasst Systemmontage, Ersatzteilverpackung, Elektrotechnik, Gerätebau, Kabelkonfektionierung, Metallbearbeitung und eine Landschaftsgärtnerei.

Des Weiteren bieten wir für den Personenkreis der Menschen mit schwerster Mehrfachbehinderung zwei Gruppen an und seit anderthalb Jahren auch eine Gruppe für erwachsene Menschen mit schwerem Autismus.

Träger: Kreisverband und Unterbezirk Ennepe-Ruhr

Gründung: Die erste Werkstatt wurde 1977 in Gevelsberg-Asbeck gegründet.

Arbeitsplätze: 540

Mitarbeiter/innen: 90

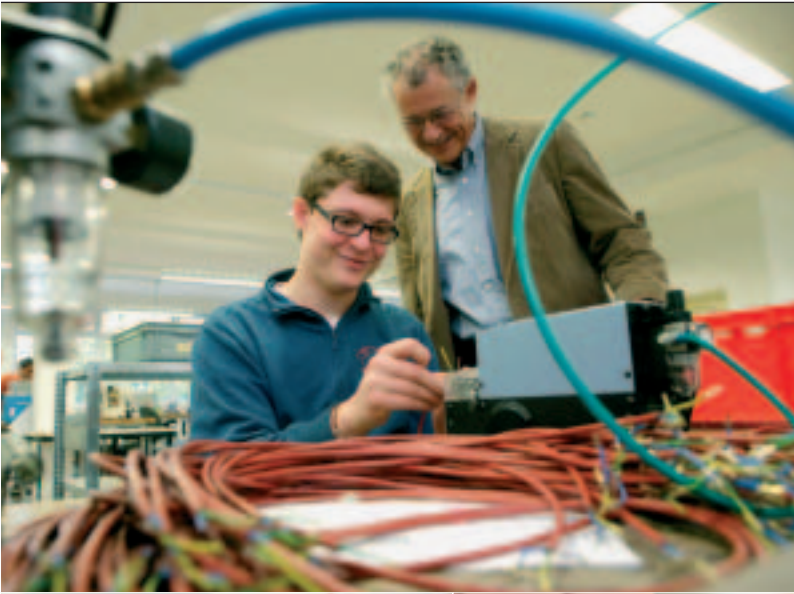
Zertifiziert: DIN ISO 9001:2000 und AWO Norm

Adresse: AWO Werkstattverbund
Neuenlander Str. 1 – 5, 58285 Gevelsberg
Tel.: 02332 / 955-150; Fax: 02332 / 955-100
Email: werkstattverbund@awo-en.de

Unternehmensverständnis: Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf Gleichberechtigung, Teilhabe, Integration und Wertschätzung. Wir unterstützen sie dabei.

Fotos: Bernd Henkel





Die Krankheit lebt und tötet



Seit Mai 2006 gehen die mach's mit-Motive im Rahmen der Großflächenplakatierung neue Wege. Gezeigt wird knackiges, zum Anbeißen frisches Obst und Gemüse mit übergerollten Kondomen. Ein solcher Auftritt auf Großplakaten in der Öffentlichkeit ist nach Kenntnis der BZgA weltweit einmalig.

Aids ist eine globale Katastrophe. Weltweit sind nach aktuellen Schätzungen des Aidsprogramms UNAIDS der Vereinten Nationen rund 33 Millionen Menschen mit HIV infiziert und jeden Tag stecken sich rd. 7500 Menschen neu an. Die globale Aids-Epidemie stabilisiert sich nach Ansicht der Experten auf einem „inakzeptabel hohen“ Niveau. 2007 sind etwa zwei Millionen Menschen an den Folgen der Immunschwäche gestorben, rund 2,7 Millionen infizierten sich neu, heißt es im Welt-Aids-Bericht 2008.

Im weltweiten Kampf gegen HIV/Aids gibt es inzwischen viele kleine Erfolge. Präventive Maßnahmen greifen, wenn auch nicht überall, es gibt globale Finanzierungsprogramme, um die Pandemie zu bekämpfen und mehr Menschen in den südlichen Ländern haben Zugang zu den lebenswichtigen Medikamenten. Doch die Anstrengungen reichen nicht aus, um den Infizierten und Erkrankten eine reelle Überlebenschance zu geben.

Wie so häufig ist auch hier an ein Versprechen der »Gipfelokraten« zu erinnern. Bis zum Jahr 2010 haben die G8-Staaten für alle Infizierten den umfassenden Zugang zu Behandlung, Medikamenten, Prävention und Pflege zugesagt. Wie dieses ehrgeizige Millenniumsziel zur Bekämpfung von HIV/Aids erreicht werden kann, ist bis heute ungeklärt.

Afrika ist weiterhin Zentrum der Epidemie; dort leben zwei von drei Betroffenen (67 Prozent), dort starben 2007 drei von vier Aids-Opfern (72 Prozent). Die Zahl infizierter Kinder unter 15 Jahren erreichte im vergangenen Jahr weltweit mit über zwei Millionen einen neuen Höchststand: 270.000 Kinder starben an Aids, 370.000 infizierten sich neu. In

20 Jahre Welt-Aids-Tag. Zum ersten Mal rief die Weltgesundheitsorganisation WHO im Jahr 1988 den Internationalen Welt-Aids-Tag aus. Dieses Jahr begehen wir sein bitteres 20-jähriges Bestehen.

den Ländern südlich der Sahara ist Aids die häufigste Todesursache (Quelle: unaids.org).

Im Vergleich mit vielen Ländern ist die Zahl der Infizierten und Erkrankten in Deutschland relativ günstig. Seit Beginn der Epidemie haben sich hierzulande ca. 86.000 Menschen infiziert (Quelle: Robert-Koch-Institut, rki); ca. 27.000 Menschen sind bisher in Deutschland an Aids verstorben; im Jahr 2007 ca. 650. Unter den westeuropäischen Ländern, die HIV-Zahlen erheben, lag Deutschland 2006 mit 33 HIV-Neudiagnosen pro Million Einwohner an zweitniedrigster Stelle, danach folgt nur noch Andorra (Quelle: eurohiv.org).

In der Bundesrepublik leben etwa 59.000 Menschen mit HIV. Seit dem Jahr 2000 nimmt die Anzahl neuer HIV-Diagnosen wieder langsam zu. Das Robert-Koch-Institut meldete zuletzt 2.752 neue HIV-Fälle im Jahr 2007 in Deutschland. Das waren vier Prozent mehr als 2006. Die Zahl der Erstdiagnosen erhöhte sich damit seit 2001 beständig. Drei Viertel der Infizierten sind Männer, etwa ein Viertel Frauen. 90 Prozent der HIV-Infektionen werden sexuell übertragen. Gut zwei Drittel aller Infektionen in Deutschland sind auf ungeschützten Sex zwischen Männern zurück zu führen.

Medikamente können den Ausbruch der unheilbaren Krankheit nach wie vor nur verzögern bzw. die Lebenserwartung und Lebensqualität von Menschen mit HIV und Aids erheblich verbessern. Jedoch! – Ein Heilmittel gegen HIV gibt es nicht. HIV-Infizierte, die mit Medikamenten behandelt werden, leben mit dem Risiko schwerster Nebenwirkungen und der Gefahr von Ausgrenzung und Verarmung. Daher bleiben die wirksamsten und wichtigsten Instrumente bei der Bekämpfung von HIV nach wie vor Aufklärung, Schutz und Solidarität.

Prävention stand auch deshalb im Mittelpunkt der Welt-Aids-Konferenz in Mexiko City, die im August unter dem Motto „Universal Action Now“ stattfand. Im international größten und wichtigsten Forum zu diesem Thema diskutierten über 25.000 Teilnehmer/-innen über Status und Zukunft des weltweiten Kampfes gegen Aids. Die Experten aus aller Welt forderten dort „kombinierte“ Präventionsmaßnahmen,



um die Zielgruppen mit den Angeboten zu erreichen. Noch immer fehlen in vielen Ländern umfassende Angebote der Aidsaufklärung. Aber es gibt eben auch Länder, in denen Aidsprävention funktioniert und die sich mit ihren Erfahrungen auf der Konferenz einbringen konnten.

Deutschland gehört zweifellos zu den erfolgreichen Ländern, in denen Prävention wirkt, auch wenn es dabei einen scheinbaren Widerspruch aufzulösen gilt. Der Anstieg der HIV-Neudiagnosen von ca. 4 Prozent pro Jahr zeigt nämlich, dass auch in Deutschland Aufklärung und Vorbeugung vor immer wieder neuen Herausforderungen stehen.

Der scheinbare Widerspruch und zugleich die Herausforderung besteht nach Ansicht der Direktorin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), Elisabeth Pott, darin, dass auf der einen Seite die präventiven Maßnahmen erfolgreich sind, auf der anderen Seite aber Aids dank besserer Therapiemethoden und längerer Überlebenszeit offensichtlich an Bedrohung verliert. „Unser Ziel und unsere Aufgabe sind es deshalb, die Ursachen für die steigenden Neuinfektionen in Deutschland zu identifizieren und ihnen kontinuierlich wirksame, moderne und zielgruppengerechte Aufklärungskampagnen entgegenzusetzen“, sagt Elisabeth Pott.

Gib Aids keine Chance...

...ist eine der bekanntesten Wort/Bild-Marken und steht für eine der erfolgreichsten Gesundheitskampagnen in Deutschland. Die Präventionskampagne der BZgA hat seit ihrem Start 1987 bis heute eine mehr als 90%ige Bekanntheit in der Bevölkerung erlangt. In Kooperation mit der Deutschen AIDS-Hilfe (DAH) und anderen Partnern hat die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung die Kampagne immer wieder zielgruppenspezifisch weiter entwickelt und umgesetzt. Dazu gehören massenmediale Maßnahmen wie Plakate und TV- und Kinospots genauso wie direkte Kommunikationsangebote in Schulen, in Ausstellungen, im Internet oder über die Telefonberatung.

Die klare Fokussierung der Kampagnen auf die Kondomnutzung als besten Schutz vor einer HIV-Infektion hat viel geleistet. Noch nie wurden so viele Kondome verkauft und verwendet wie heute. So war die Kondomnutzung in der Gruppe der unter 45-jährigen Alleinlebenden mit 74 Prozent im Jahr 2007 so hoch wie noch nie. Im Jahr 2007 stieg der Absatz auf die bisher höchste Zahl von 209 Millionen.

Quer durch alle Bevölkerungsschichten und Altersgruppen sind die Risiken und Schutzmöglichkeiten bekannt und – noch wichtiger – werden auch beachtet. So schützen sich – mit steigender Tendenz – heute mehr als zwei Drittel aller Jugendlichen beim ersten Sex mit Kondomen. Es wundert deswegen kaum, dass im europäischen Vergleich die HIV-Infektionszahlen in Deutschland niedrig sind. Dennoch gibt es eben, wie schon angedeutet, nach Ansicht der Kölner Bundeszentrale vier zentrale Gründe für den Anstieg der Infektionszahlen in der jüngeren Vergangenheit:

- Mehr Menschen lassen sich auf HIV testen. Damit werden mehr alte, bisher unentdeckte Infektionen erfasst.
- Die Lebenserwartung Infizierter steigt. Diese an sich positive Entwicklung führt dazu, dass mehr Menschen mit HIV/Aids leben – damit steigt das Risiko, dass deren Sexpartner/-innen infiziert werden.
- Erkrankungen durch andere sexuell übertragbare Infektionen nehmen zu. Durch eine Infektion mit Geschlechtskrankheiten, wie Tripper oder Syphilis, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit einer HIV-Infektion um ein Vielfaches.
- Schließlich ist in einzelnen Teilgruppen ein wachsendes Risikoverhalten angesichts optimistischer wissenschaftlicher Erfolgsmeldungen zu verzeichnen. In den gefährdeten Gruppen sinkt die gefühlte Bedrohung – z.B. durch die Vorstellung, das Leben mit der Therapie sei einfach und Aids bald heilbar.

Die steigenden Infektionszahlen sind also zum Teil auf den Erfolg der Präventionsarbeit (zunehmende Aids-tests) und der medizinischen Betreuung der Infizierten (steigende Lebenserwartung) zurückzuführen. Deswegen ist zu erwarten, dass die registrierten Neuinfektionen auch in den nächsten Jahren zunächst weiter steigen werden.

In diesem Zusammenhang: Aussagen, wonach der Anteil der Frauen bei den HIV-Neudiagnosen in Deutschland steigt, stimmen nicht. Ihr prozentualer Anteil an den Neudiagnosen hat in Deutschland den niedrigsten Wert seit 1993 erreicht.

Schutzverhalten stabilisieren

Nach Aussage der BZgA und der Deutschen AIDS-Hilfe (DAH) werden die Aufklärungskampagnen kontinuierlich fortentwickelt, um das bereits sehr gute Schutzverhalten der Bevölkerung weiter zu stabilisieren und den zu erwartenden weiteren Anstieg zu bremsen. Es werden daher neue Maßnahmen zum Einsatz kommen, die sehr spezifisch auf besonders gefährdete Zielgruppen eingehen. Hierzu gehören z.B. Männer, die Sex mit Männern haben (MSM). Etwa zwei Drittel der Neuinfektionen finden heute in dieser Gruppe statt.

Die neuen „mach's mit“ – Plakatmotive der BZgA im Frühjahr 2009 werden verstärkt auf Risikosituationen ausgerichtet sein. Ebenfalls sind spezielle Informationsangebote für Menschen mit Migrationshintergrund vorsehen.

Joachim Kendelbacher
Quellen und Mitarbeit BZgA



Aids- und Drogenprävention der AWO in Euskirchen

Wir brauchen gerade jetzt eine positive Öffentlichkeit

Es gibt nicht so viele AIDS- und Drogenberatungsstellen der AWO in Deutschland. Es sind rd. ein Dutzend und sie stehen eher im Schatten des öffentlichen Interesses und der sozialen Dienste. Doch sie sind ein Knoten im Netz der AIDS-Prävention in Deutschland. Eine davon ist im Kreis Euskirchen zu finden, eine halbe Stunde Autofahrt südwestlich von Köln.

Auch hier kennt man die Zahlen, die das Robert-Koch-Institut regelmäßig über die AIDS-Infektionen veröffentlicht. Grund zur Panik besteht nicht, das sieht auch der Dipl. Sozialpädagoge Christoph Groeger, in Diensten der AWO, so, „aber es gibt die Besorgnis unter den Fachleuten, dass die Sorglosigkeit zunimmt, wenn wir das öffentliche Bewußtsein nicht wach halten und nicht die richtigen Konsequenzen aus dem stetigen Zuwachs bei den Neuinfektionen ziehen“, sagt er.

In Nordrhein-Westfalen gibt es, finanziert über das Land und die Kommunen seit den 80iger Jahren ein Präventions- und Hilfesystem, das sich mit der Problematik von HIV-Infektionen und Aids-Erkrankungen befasst. Ein Hauptelement in diesem System sind die „Youthworker“, pädagogische Fachkräfte, die hauptsächlich in die Schulen gehen, um mit den Jugendlichen über die Gefahren einer HIV-Infektion zu sprechen und so frühzeitig für ein Schutzverhalten zu werben.

Im Kreis Euskirchen gibt es die Aids- und Drogenprävention der AWO seit 20 Jahren. Über diesen Zeitraum hinweg hat sich die Beratungsarbeit kontinuierlich weiter entwickelt und ist zu einem festen Bestandteil des Bildungsauftrags der Schulen in der Region geworden.

Zentraler Anknüpfungspunkt in der Aidsprävention ist das schwierige Thema der Sexualität, das nach wie vor mit vielen Tabus und Unsicherheiten behaftet ist, jedoch für Jugendliche in ihrer Entwicklung eminent wichtig ist, berichtet Groeger.

Es sei zweifellos so, dass Jugendliche, die über ihre Sexualität sowie die Sexualität eines Partners oder einer Partnerin informiert sind oder sich über das Thema austauschen können, eher bereit seien, sich zu schützen gegen eine HIV-Infektion, eine sexuell übertragbare Krankheit oder auch eine ungewollte Schwangerschaft.

Aidsprävention hat sich durch die Jahre zu einer Plattform entwickelt, auf der die Schüler und Schülerinnen mit Fachkräften über Gesundheitsvorsorge, Geschlechterrollen oder Beziehungswünsche ins Gespräch kommen. Aufgrund der gewährleisteten Anonymität durch externe Fachkräfte ist in den Ge-

sprächen die Chance zu einer großen Offenheit gegeben und sie wird genutzt.

Die Aids- und Drogenprävention der AWO Euskirchen legt ihren Schwerpunkt auf die persönliche Arbeit mit den Schülern. „Wir arbeiten im Verbund mit den Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen von „Donum Vitae“ und „Frauen helfen Frauen“ sowie dem Verein „Mumm“ (Verein gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen und Jungen) zusammen“, sagt Christoph Gröger, „auf diese Weise ergibt sich die Möglichkeit, bei Bedarf in geschlechtsspezifischen Gruppen zu informieren und zu beraten“.

Es wurden über die Jahre verschiedene Veranstaltungsformate entwickelt, die sich an den Bedürfnissen der Jugendlichen orientieren. So können etwa in den Veranstaltungen zum Thema „Liebesschule“ junge Erwachsene etwas über Rollenbilder, Partnerschaftsbeziehungen, Partnerschaftskonflikte und deren Dynamik erfahren.

Im Schuljahr 2007/2008 hat die Beratungsstelle der AWO in Euskirchen 95 Veranstaltungen für Jugendliche und jugendliche Erwachsene durchgeführt.

Eine Theateraufführung des »Moving Theatre« aus Köln wurde von 400 Schülern und Schülerinnen besucht. Erreicht wurden insgesamt durch die verschiedenen Informationsangebote fast 1300 junge Menschen. Dabei lag der Anteil der SchülerInnen mit Migrationshintergrund bei etwa 10 Prozent, was aber auch der Bevölkerungsstruktur in dieser Region des Regierungsbezirks Köln entspricht.

Am 4. Dezember 2008 wird die Aids- und Drogenprävention der AWO in Zusammenarbeit mit dem Kinocenter Galleria den Jugendfilmtag veranstalten, ein Angebot der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Es stehen Filme zum Thema „Aids, Liebe, Freundschaft, Sexualität“ auf dem Programm. Schulklassen aus der Kreisregion werden im Anschluss der Vorführungen mit Fachleuten diskutieren können.

- cg -



Information, Aufklärung, Prävention - die AIDS- und Drogenberatungsstelle der AWO in Euskirchen geht in die Schulen.

Mehr Informationen bei
www.awo-euskirchen.de

Bildungsrepublik

Deutschland ante portas

Vom Gipfel der Worte zu den Niederungen des Alltags

Das war er nun: der Bildungsgipfel. Startblock für den von der Bundeskanzlerin in Aussicht gestellten Sprung in die „Bildungsrepublik“ Deutschland. Ging es bei Ludwig Erhard noch ganz handfest um „Wohlstand für alle“, bietet uns die Kanzlerin die moderne, aber eben auch abgespeckte Variante der „Bildung für alle“. Denn über eins sollte man sich nicht täuschen lassen – Bildung ist zwar Voraussetzung nicht nur für Wachstum und Entwicklung der Gesellschaft, sondern eben auch das Nadelöhr, durch das der Einzelne hindurch muss, will er oder sie Chancen haben auf eine halbwegs akzeptable Teilhabe an unserer gesellschaftlichen Entwicklung. Bildung ist aber nur ein »Potenzialgut«, sie garantiert keineswegs einen erfolgreichen Platz in der Gesellschaft.

Wo die Probleme im Hier und Jetzt liegen, ist so oft beschrieben worden, dass man müde wird, sich in Wiederholungen zu üben: Wir haben in unserem Land mit die höchste soziale Selektivität des Bildungssystems und damit eine fatale Kopplung der Entwicklungschancen an die Herkunft, die man sich bekanntlicherweise nicht aussuchen kann. Das ist schon problematisch genug, hinzu kommt aber eine enorme faktische Undurchlässigkeit der Bildungsschichten; so zeigt eine jüngste europäische Vergleichsstudie, dass in Deutschland nur 5 % der Studierenden an Hochschulen nicht über die formale Zugangsberechtigung verfügen, während dieser Wert in anderen Ländern deutlich höher liegt.

Es gibt im deutschen Bildungssystem eine beträchtliche Mobilität – leider fast ausschließlich in Form einer Abstiegsmobilität durch die Selektionsprozesse im gegliederten Schulsystem nach unten. Das bestehende Schulsystem wirkt nicht nur als gigantische Sortiermaschine, sondern folgt von seiner Grundkonstruktion immer noch überwiegend dem Modell einer Halbtagsschule, die – aufgrund der Privatisierung von Bildung in die Familien in Form der Hausaufgaben – die Anwesenheit einer nicht-erwerbstätigen Mutter voraussetzt. Und das – schaut man auf Umfang und vor allem Dauer der Ferien – man irgendwie immer noch der Vorstellung nachhängt, im Sommer müssen alle Kinder zum zweimonatigen Ernteeinsatz in die Landwirtschaft.

Wie müsste denn eine echte „Bildungsrepublik“ aussehen? Hier können nur die Grundlinien genannt

werden: Zum einen brauchen wir einen Systemwechsel. Das Bildungssystem muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden, d.h. so früh wie möglich und dann umfangreich fördern, was sich auf den Bereich der frühkindlichen Bildung und Erziehung bezieht. Dafür müssten zwei Probleme gelöst werden: Zum einen die massive Unterfinanzierung dieses Bereiches; vereinfacht gesagt brauchen wir sogar nach den OECD-Vorstellungen eine Verdoppelung des Anteils dieser Ausgaben am BIP auf 1 %. Zum anderen ist eine Auflösung der manifesten Fehlfinanzierung notwendig, da Kommunen und Eltern die finanzielle Hauptlast tragen, während die Nutzen in großem Umfang auf der Ebene des Bundes und vor allem der Sozialversicherungen anfallen, die aber gar nicht oder wie der Bund erst seit kurzem ein wenig an der Finanzierung beteiligt sind. Der Einstieg des Bundes mit dem neuen KiföG ist ein allererster Schritt in die richtige Richtung.

Das Schulsystem wird das größte Problem für echte Reformen. Eigentlich ist klar, was wir brauchen: Länger gemeinsam lernen! Darf man daran erinnern, dass PISA mit seinen für Deutschland problematischen Befunden einen Kompetenzausschnitt der Jugendlichen am Ende der Sekundarstufe I misst, während die IGLU-Studien am Ende der Grundschulzeit zeigen können, dass Deutschland sich im oberen Drittel der untersuchten Länder befindet? Einerseits haben wir ein „Erfolgsmodell Grundschule“, nämlich faktisch bislang die einzige echte Gemeinschaftsschule. Und andererseits haben wir ein Riesenproblem nach der viel zu frühen Selektion der Kinder in das gegliederte System. Es wäre also eine Verlängerung der Grundschulzeit und idealerweise eine stark binnendifferenzierte Gemeinschaftsschule bis zur 10. Klasse notwendig. Nicht nur länger gemeinsam lernen, sondern dies bei echter Ganztätigkeit heißt die Devise und kein Schüler darf ohne Abschluss die Schule beenden.

Für die Hochschulen brauchen wir einen Schub auf der Entwicklungsachse hin zu Hochschulen für Berufstätige mit berufsbegleitenden Studienangeboten. Das wären praktische Durchlässigkeit und lebenslaufbezogene Aufstiegschancen.

Nach dem Gipfel zu neuen Ufern: Das wäre eine Reform der bildungspolitisch unseligen Föderalismusreform. Bildung ist eine nationale Gemeinschaftsaufgabe und darf nicht weiter in der föderalen Kleinstaaterei stecken bleiben.

Der Autor, Prof. Dr. Stefan Sell, ist Direktor des Instituts für Bildungs- und Sozialpolitik der FH Koblenz



Foto: picture-alliance/dpa

Bildungsgipfel der Bundesregierung und der Ministerpräsidenten in Dresden.

Gutes aus Holland

Freiwilligenarbeit in den Niederlanden

Niedrigere Hierarchien, informelle Kleidung und ein besseres Betriebsklima. So urteilte die Zeitschrift »Focus« im November 2007 über die Berufsarbeit in den Niederlanden. Dass es ähnliche Unterschiede zwischen Deutschland und den Niederlanden auch in Sachen Freiwilligenarbeit gibt, davon konnten sich AWO-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter in diesem Jahr vor Ort überzeugen.

Fotos: Reinhold Schwenk



Studienbesuch bei der Freiwilligenagentur in Arnhem

Im Rahmen der AWO-Fortbildung „Freiwilligenengagement – „Mit Herz und Hand“ – zieht es uns in die europäische Wiege des Freiwilligenmanagements: in die Niederlande.

- Wir begegnen ehemaligen Top-Managern, die jetzt ehrenamtlich Non-Profit-Organisationen beraten und dabei umdenken mussten;
- wir lernen das Kumpel-Prinzip in einer Drogenhilfeeinrichtung kennen und wie es ihr gelang, Freiwillige in dieser verschleißenden Arbeit länger als ein Jahr zu halten;
- wir erfahren in einer der ältesten Freiwilligenagenturen der Niederlande, was Freiwillige wollen und brauchen.

Eigentlich hören wir überall dasselbe: „Freiwillige sollen Spaß an der Arbeit haben“, „Wichtig ist der Mensch, nicht die Bedürfnisse der Organisation“, „Geht nicht, gibt's nicht“. Wo wir auch sind, wem wir auch begegnen, es fallen die gleichen Gebote. Haben die sich abgesprochen? Es scheint eine Frage der Haltung zu sein, und die Niederländer in manchem wagemutiger als wir Deutschen. Etwas weniger auf die Form bedacht. Etwas mehr auf den Spaß an dem, was sie tun. „Unglaublich, wie oft die Wörter Lust, Glück und Vergnügen in Zusammenhang mit freiwilliger Arbeit auftauchen“, findet Elke. „Wenn jemand eine gute Idee hat, wird das hier einfach ausprobiert – ob es klappt, wird sich schon weisen. Das wäre bei uns in Deutschland nicht möglich“, meint Reinhold.

Rotterdam an einem warmen Frühlingmorgen. Wir sind zu Gast im Altenheim „Akropolis“ und der Chef, Hans Becker, ist Ökonom und eine schillernde

Persönlichkeit mit einem Hang zur Exzentrik. Mit dieser Mischung ist es ihm gelungen, binnen kürzester Zeit einem Altenheim nicht nur finanziell zum Erfolg zu verhelfen, sondern auch den Bewohnern zu mehr Platz, Kontakt und Lebensqualität. „Ich habe mich intensiv mit der Frage beschäftigt, was Menschen eigentlich glücklich macht“, sagt Becker, „und wenn man es genau nimmt, sind es eigentlich nur zwei Dinge, die wirklich wichtig sind: Individualität und Gemeinschaft. Auch wenn man ein körperliches Handicap oder Alzheimer habe, müsse man trotzdem noch Regie führen können über das eigene Leben. Gleichzeitig sei der Mensch eben ein Herdentier und brauche Gemeinschaft. „Aber eine echte Familie gibt es nicht mehr im Altenheim“, sagt er.

Für sein Vorzeigeseniorenheim bedeutet das zum Beispiel, dass jeder Bewohnerin und jedem Bewohner der niederländische Sozialwohnungsstandard zusteht. Statt seinen Lebensabend in Mehrbettzimmern zu verbringen und sich permanent mit den Bettenachbarn zu arrangieren, stehen den Alten hier jeweils 72 qm zur Verfügung. Gleichzeitig gibt es einen großen überdachten Gemeinschaftsbau mit Restaurant und Bar, ein Erinnerungsmuseum, einen Streichelzoo, einen Spielraum, eine Bibliothek, den kleinen Super-



Hans Becker, eine schillernde Persönlichkeit, ist Leiter des innovativen Altenheims „Akropolis“.



markt im Foyer – und immer wieder neue Kunstwerke auf den gemeinsam genutzten Fluren.

Viel Stoff zum Drüberreden also – und genau das soll auch passieren. „Warum jammern alte Menschen so viel über Krankheiten?“, fragt Becker und gibt die Antwort gleich augenzwinkernd selbst, „doch nur, weil im eigenen Leben zu wenig passiert. Wenn sich aber der Chef abends in der Gemeinschaftsbar ein Gläschen Wein zu viel genehmigt, ist das doch alles in allem ein viel interessanterer Gesprächsstoff als die künstliche Hüfte“. Eines ist jedenfalls sicher: Becker bietet seinen Bewohnern jede Menge Themen. Seine Heirat mit einem jungen Barkeeper – er hält stolz ein Foto empor – ist da nur eins unter vielen.

Das Zauberwort heißt „Ja-Kultur“. Alles ist möglich und die Erfüllung der Bedürfnisse derjenigen, die hier leben, hat oberste Priorität. Champagner bis zum Schluss, lautet das Motto. Ein leckeres Lammkotelett mit Honigsauce statt natriumarmer Schonkost? Warum nicht? Zwei lebende Hühner zum Streicheln am Bett? Kein Problem. Im Haus wimmelt es nur so von Tieren und selbst die Freiwilligenkoordinatorin bringt ihre zwei Hunde und einen Papagei zur Arbeit mit.

Kein Wunder, dass sich in solch einem freundlichen und unkomplizierten Ambiente auch die Freiwilligen wohl fühlen, die hier die gleichen Rechte und Pflichten wie die bezahlten Mitarbeiter haben. Die Zahlenangabe in Hinblick auf die Freiwilligen schwankt je nach Ansprechpartner – sind es 200, 300 oder gar 400? – egal. Auf jeden Fall ist es eine Menge Freiwilliger, die sich hier in den unterschiedlichsten Bereichen engagieren. Extra geworben werden musste hier keiner. Zeitungsannoncen sind überflüssig, das gute Betriebsklima spricht sich rum. Auch diese Erkenntnis begegnet uns bei unserer Exkursion immer wieder, nämlich dass, wenn die Organisation attraktiv genug ist, die Freiwilligen ganz von allein kommen.

„Wenn was Tolles passiert, ist man eben gerne dabei“, bringt es Jürgen, einer der Teilnehmer, auf den Punkt. Er ist fasziniert davon, dass jeder Freiwillige nicht nur die gleichen Rechte hat wie die Hauptamtlichen, sondern dass er zu seinen Talenten und Fähigkeiten das passende Einsatzfeld bekommt – statt Lücken zu füllen mit Aufgaben, die ihm vielleicht gar nicht liegen. Und so sieht er auch in diesem Punkt Nachholbedarf bei der AWO: „Wenn wir zukunftsfähig sein wollen, muss sich die Organisation den Freiwilligen anpassen, nicht umgekehrt.“

Anneke Gittermann

AWO Bundesakademie

Mit Herz und Hand

Der Planungsworkshop zur Zertifikatsreihe
Freiwilligen Engagement

Professionelle Dienstleistungen planvoll mit dem Engagement Freiwilliger zu verknüpfen – diese Aufgabe stellt sich allen sozialen Diensten und Einrichtungen in der Zukunft. Von den Verantwortlichen werden deshalb aktuelle Kenntnisse in allen Fragen des freiwilligen Engagements verlangt werden. Vor allem aber die Fähigkeit zur Steuerung dieses komplexen Aufgabengebietes. Der Umgang mit Freiwilligen und ihren Besonderheiten stellt Anforderungen, für die an der AWO Bundesakademie soziale Fachkräfte qualifiziert werden sollen.

Ein Qualifizierungskonzept liegt vor, das in einem Planungsworkshop mit allen Interessenten an dieser Kursreihe besprochen werden soll, mit dem Ziel der bedarfsgerechten Ausgestaltung und der entsprechend zukünftigen Praxis in der Arbeit mit Freiwilligen. Dazu werden beispielhafte Angebote (best practice) vorgestellt und diskutiert.

Die Kursreihe startet am 23. November 2009 und schließt im darauf folgenden Jahr mit einem Zertifikat der AWO Bundesakademie ab. Zielgruppe sind Referent/-innen und Leitungskräfte in Gliederungen und Einrichtungen.

Termin für den Planungsworkshop ist der 28. 09. - 29. 09. 2009 im AWO-Tagungszentrum Haus Humboldtstein, in Remagen-Rolandseck bei Bonn. Der Teilnahme-Beitrag beträgt 100,- Euro für AWO-Mitarbeiter/-innen und -Mitglieder, 120,- Euro für externe Teilnehmer. Der Beitrag wird bei Teilnahme an der Zertifikatsreihe auf den Gesamt-Teilnehmer-Beitrag angerechnet.

Die Qualifizierung zum/zur Freiwilligenkoordinator/-koordinatorin

Die Qualifizierungsreihe schließt an den Planungsworkshop an und besteht aus fünf viertägigen Modulen. Dazu gehört eine Auslandsexkursion, außerdem werden vier regional abgestimmte Studientage unter Anleitung durchgeführt. Hier werden spezielle Themen und Projekte der Teilnehmenden beraten und bearbeitet. Die Gesamtunterrichtsstundenzahl beträgt 160 Unterrichtseinheiten, inkl. des Planungsworkshops. Bei erfolgreicher Teilnahme wird ein Zertifikat der AWO Bundesakademie erteilt.

Termine: Modul 1: 23. bis 26. November 2009; Modul 2: 25. bis 28. Januar 2010; Modul 3: 22. bis 25. März 2010; Modul 4: 17. bis 20. Mai 2010 (Exkursion); Modul 5: 21. bis 24. Juni 2010. Teilnahme-Beitrag: 1.950 Euro für AWO-Mitarbeiter/-innen und -Mitglieder, 2.260 Euro für externe Teilnehmer.

Mehr Informationen bei: www.akademie.awo.org

Otto C. Meyer

Alles aus einer Hand

Altenpflege in Schweden



Ziel einer Studienreise nach Schweden: die Stadt Borås; in der Altenpflege hat allein die Kommune das Sagen.

In den Jahren 2007 und 2008 bot der AWO-Bundesverband Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Altenpflege eine Teilnahme am Projekt „Fit for European Care“ an. Es wird gefördert aus Mitteln des Programms „Leonardo da Vinci“ der Europäischen Union. Zu den Inhalten gehören auch einwöchige Studienbesuche im europäischen Ausland für Fachkräfte, die in der Altenpflege und in der Qualifizierung von Auszubildenden in der Altenpflege tätig sind. Die Studienbesuche vor Ort fanden in Partnerinstitutionen in Ungarn, Spanien und Schweden statt. Zu den Teilnehmenden gehörten auch fachkundige Leser und Leserinnen der Fachzeitschrift »Altenpflege« des Vincentz-Verlages.

Die Inhalte der Erkundungen bei den europäischen Nachbarn sind vielseitig und informativ: aktuelle Fragen der Altersversorgung und der Gesundheitsfürsorge, man erfährt viel über die Langzeitpflege in den Ländern, kann sich über künftige Dienstleistungen für Senioren und die damit verbundenen Mitarbeiterbedarfe austauschen oder entwickelt mit den europäischen Kollegen Rekrutierungsinstrumente für neue Arbeitskräfte in Einrichtungen der Altenhilfe.

Schweden – Vieles ist besser, aber längst nicht alles

Wer Schweden hört, denkt an Wälder, Seen, Natur pur und natürlich Stockholm. Was sonst! Warum also, so fragten sich die Teilnehmer auf der Reise im Spätfürhling diesen Jahres zum skandinavischen Nachbarn, warum geht es nicht in die blau-gelbe Hauptstadt, sondern in die weitgehend unbekannte Stadt Borås? Die liegt rund 60 Kilometer östlich von Göteborg und ist mit 100.000 Einwohnern immerhin die zehntgrößte Stadt des Landes. Die touristische Phantasie über Schweden findet auch hier Bestätigung. Reichlich Seen und Wälder, aber auch viele Museen und Kunst im öffentlichen Raum sorgen für hohe Lebensqualität. Der eigentliche Grund aber für das Reiseziel Borås war, dass die Altenpflege sich

komplett in kommunaler Hand befindet und die pflegebedürftigen Menschen in dieser Stadt von diesem »Monopol« profitieren. Die Betreuung älterer Menschen, die Altenpflege sind hier ganz anders aufgestellt, als in deutschen Städten vergleichbarer Größenordnung. Davon konnten sich die 20 Reiseteilnehmenden aus zehn Bundesländern sieben Tage lang vor Ort überzeugen.

Die Organisatoren der Reise – AWO Bundesverband, das AWO-Bildungszentrum Preetz und die Redaktion der Zeitschrift »Altenpflege« – ermöglichten zahlreiche Besuche und Gespräche in Pflegeheimen und Tagespflegeeinrichtungen, in einer berufsbildenden Schule und nicht zuletzt in der Stadtverwaltung. Der Besuch dort hatte keinen repräsentativen Charakter, sondern einen anderen guten Grund: Die Altenpflege in Borås ist ausschließlich kommunal organisiert.

„Wir planen, entwickeln und betreiben sämtliche Angebote für alte und pflegebedürftige Menschen“, erklärte Barbro Nilsson-Holmestén, die innerhalb der Stadtverwaltung Borås für den Altenhilfesektor zuständig ist. „Es kann allenfalls sein, dass wir selbst eine Einrichtung etwa in die Hände einer Kirche oder eines Wohlfahrtsverbandes geben. Aber selbst dann bleibt die rechtliche und pflegerische Verantwortung bei uns.“

Noch also sind, obwohl man zumindest im ambulanten Sektor vehement über erste Privatisierungen nachdenkt, in Borås und der gesamten Region Sjuhärad im Westen Schwedens Pflege und Betreuung alter Menschen noch kein kommerzielles Geschäft. Die 18.000 Einwohner der Stadt, die das 65. Lebensjahr bereits überschritten haben, können im Falle einer Pflegebedürftigkeit aus einem reichhaltigen Angebot auswählen. Die Kommune hält ein umfangreiches Spektrum ambulanter Hilfen sowie altengerechte Wohnungen, Betreutes Wohnen und Kurzzeitpflege, Tagespflege und Pflegeheime vor. Sozialarbeiter gehen gemeinsam mit den Menschen die möglichen Alternativen durch. Der alte Mensch trifft dann selbst und schließlich die Entscheidung, auf welche Art der Hilfe er gern zurückgreifen möchte. Überredungsversuche oder Manipulationsbestrebungen seitens interessierter Kreise gibt es nicht – alle Angebote kommen schließlich aus einer Hand.

Eine Besonderheit der Altenhilfe in Borås sind die so genannten Servicehäuser. In denen finden sich nicht nur Altenwohnungen und Wohngemeinschaften für an Demenz erkrankte Menschen wieder, sondern auch Pflegeheim und Kurzzeitpflege. Alles unter einem Dach. Integriert sind in der Regel auch andere Institutionen, die zum selbstverständlichen Erscheinungsbild eines Stadtteils gehören: Kindergarten, Grundschule, Bibliothek. Eingebettet in den Alltag ihrer Umgebung, altern die Menschen in Borås also in gewisser Weise öffentlich, unspektakulär, normal.

Beschäftigungstherapie; eine Bewohnerin zeigt den deutschen Besuchern, wie so ein Webstuhl funktioniert.



Fotos: AWO

Knapp 2.000 alte Menschen in Borås nehmen derzeit ambulante Hilfe in ihrem jeweiligen Zuhause in Anspruch, 910 leben in einer stationären Einrichtung. Ihre Betreuung lässt sich die Kommune Borås richtig etwas kosten: Um ihre Sorgen und Nöte und die der anderen Senioren kümmern sich 30 Sozialarbeiter, 33 Ergotherapeuten, 24 Physiotherapeuten, 165 Krankenschwestern und 2.500 Pflegehelfer.

Hierzu bedarf es natürlich einer Erklärung der Begrifflichkeiten: Die in Schweden „Pflegehelfer“ genannten Personen liegen im Qualifikationsniveau zwischen dem deutscher Hilfskräfte und deutscher Altenpflegekräfte; sie haben eine dreijährige Ausbildung hinter sich, sind in ihren Befugnissen aber stark eingeschränkt. Richtig etwas zu sagen haben in den Pflegeeinrichtungen in Borås die „Krankenschwestern“. Sie durchlaufen eine universitäre Ausbildung mit Bachelorabschluss und arbeiten anschließend in den Häusern als eine Art »PflegeDienstleitung XXL«. Die Entlohnung der Pflegenden ist allerdings ähnlich bescheiden dimensioniert wie in Deutschland.

Wenn es denn aus den vielseitigen Gesprächen, Beobachtungen und Erfahrungen ein Resümee zu ziehen gilt, dann dies, dass in der schwedischen Altenhilfe zwar vieles besser ist als in Deutschland, aber eben auch nicht alles. Für die besseren Einsichten gilt es, sich einzusetzen.

Peggy Sass/ Andreas Bartels

Studienbesuche in der Europäischen Altenpflege

Auch in der Zukunft bieten in Kooperation AWO Bundesverband, das AWO-Bildungszentrum Preetz und die Fachzeitschrift »Altenpflege« Studienreisen in europäische Nachbarstaaten an. Im Rahmen des Programms »Leonardo da Vinci« werden zum Thema »Arbeitsfeld Europa – Wissenstransfer in der Altenhilfe« folgende Studienbesuche angeboten:

- 23.-29.03.2009 nach Jurmala/Lettland
(Anmeldungen sind ab Dezember 2008 möglich);
- 4.-10.05.2009 nach Drama/Griechenland
(Anmeldungen sind ab Februar 2009 möglich).

Mehr Informationen:

AWO-Bundesverband e.V.

Andreas Bartels, Blücherstr. 62-63, 10961 Berlin

Tel.: 0 30 - 26 30 9 - 482, E-Mail: andreas.bartels@awo.org

AWO-Bildungszentrum Preetz

Peggy Sass, Hinter dem Kirchhof 10, 24211 Preetz

Tel.: 0 43 42 - 8 86 06, E-Mail: peggy.sass@awo-sh.de

Informationen zum Programm Leonardo da Vinci bei Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufliche Bildung unter www.na-bibb.de

Bundeskanzler a. D. Gerhard Schröder zu Gast bei AWO International

Foto: koko-berlin.de



Bundeskanzler a.D.
Gerhard Schröder

Am 1. September 2008 war es endlich so weit: Im Maritim Hotel in Berlin fand der erste Benefiz-Abend von AWO International statt. Die Veranstaltung, deren Erlös für den Nothilfefonds von AWO International bestimmt ist, wurde von Bundeskanzler a. D. Gerhard Schröder mit einem Gastvortrag eingeleitet. Vor dem Hintergrund der aktuellen Weltpolitik wurde die Rede des Ehrengasts nicht nur von den geladenen Gästen, sondern auch von den anwesenden Journalisten mit großer Spannung erwartet und anschließend rege diskutiert.

Der ehemalige Bundeskanzler dankte AWO International für ihr internationales Engagement und betonte, dass die Politik auf die Arbeit von Organisationen wie AWO International angewiesen sei, um den Herausforderungen der Globalisierung zu begegnen. In seiner Rede wies er auch auf die Verantwortung der Industriestaaten hin, den Welthandel fairer zu gestalten. AWO International freute sich sehr, Christina Rau, die Witwe des früheren Bundespräsi-

denten Johannes Rau, und viele weitere FreundInnen, Förderer und JournalistInnen an diesem Abend in Berlin begrüßen zu dürfen. Zu den Gästen zählte auch Klaus Uwe Benneter, MdB, der sich seit einiger Zeit als Botschafter für AWO International engagiert. Der Abend war ein wichtiger Schritt, die Arbeit von AWO International einem breiteren Publikum zu präsentieren. Der Verband feiert in diesem Jahr sein 10-jähriges Jubiläum und hat sich, so der Vorsitzende Rudi Frick in seiner Begrüßung, inzwischen zu einer geachteten Organisation mit einem starken Profil entwickelt.

Von den 150 Euro, die ein Platz auf der Veranstaltung kostete, fließen 125 Euro direkt in den Nothilfefonds. Der Reinerlös der Veranstaltung betrug 15.000 Euro. Im Fall einer Katastrophe ermöglicht dieser Nothilfefonds AWO International, schnell zu reagieren und Hilfsmaßnahmen vorzufinanzieren. AWO International dankt Ihnen für Ihre Unterstützung!

10.000 Euro für Wiederaufbau in Kuba

Verwüstung in Kuba:
Viele Häuser müssen
nach den Wirbelstürmen
„Gustav“ und „Ike“
repariert werden.



Nachdem Wirbelstürme auf Kuba große Schäden angerichtet haben, stellt AWO International der Provinzregierung von Las Tunas 10.000 Euro für die Reparatur von Schuldächern in der Kleinstadt Jesus Menendez zur Verfügung. Mit dem Geld aus dem Nothilfefonds von AWO International werden Wellbleche gekauft, damit die Schulen schnellstmöglich wieder genutzt werden können. In Jesus Menendez waren die Schäden besonders verheerend und 90% der über 50.000 EinwohnerInnen sind obdachlos. Der Schulunterricht findet derzeit in notdürftig reparierten Privathäusern statt.

Der September war ein schwerer Monat für Kuba. Gleich vier Wirbelstürme fegten über die schöne Ka-



Fotos: AWO International

Abgedecktes
Schulgebäude nach
Hurrikan „Gustav“.

ribikinsel hinweg, zwei davon mit fatalen Folgen: Hurrikan Gustav brach Windrekorde – bei 240 km/h fiel das Messgerät auseinander. Eine Woche später folgte Hurrikan Ike, der das Land von Osten nach Westen – über 1000 km – mit über 200 km/h durchquerte und heftige, anhaltende Regenfälle mit sich brachte. Teilweise fielen in 48-72 Stunden über 800 mm Niederschlag. Schwere Überschwemmungen waren die Folge.

„Gustav“ und „Ike“ ließen keinen Winkel aus. Sie beschädigten und zerstörten Fabriken, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, Regierungs- und Verwaltungsgebäude – insgesamt etwa 320.000 Häuser. Die Stürme rissen das Dach der größten Zuckermühle Kubas fort und legten die Nickelminen und –fabriken lahm. Sie zerstörten beliebte Touristenattraktionen und –einrichtungen, Telefon- und Stromleitungen, Straßen und Warenlager. Auch die berühmte kubanische Zigarre ist betroffen: Da die Wirbelstürme einen Großteil der Trocknungshäuser vernichteten, ist die Tabakernte schwer beeinträchtigt.

Besonders betroffen sind die Insel der Jugend, die Provinz Pinar del Río im Westen sowie Camagüey, Las Tunas, Holguin und Guantánamo im Osten des Landes. Allerdings sind die wirtschaftlichen Verluste wegen Evakuierungen, Produktionsunterbrechungen und Schäden in der Landwirtschaft und Infrastruktur auch in anderen Teilen des Landes erheblich. Schätzungen zufolge wurden in einer Woche etwa 50% des Bruttoinlandsproduktes eines ganzen Jahres vernichtet – das entspricht rund sechs Milliarden Euro. Auch in Jesus Menendez im Osten Kubas tobten die Stürme. In der Kleinstadt – einst für ihre schmucken Holzhäuser bekannt – wurden 90% der Ziegeldächer abgedeckt. Da den meisten Schulen das Dach fehlt, findet der Unterricht in notdürftig reparierten Privathäusern statt. Damit die Schulen so schnell wie möglich wieder genutzt werden können, stellte AWO International der Stadt 10.000 Euro für Wellblech zur Verfügung.

Bisher kam die internationale Hilfe vor allem aus Venezuela, Brasilien, Ecuador und Russland. Das ar-

me Osttimor stellte spontan 500.000 Dollar zur Verfügung. Lediglich zwei spanische Flugzeuge kamen aus Europa. Auch in den Medien spielten die verheerenden Auswirkungen schnell keine Rolle mehr. Sie konzentrierten sich auf die USA, wo „Gustav“ und „Ike“ zwar weniger Schaden anrichteten aber weit mehr Tote forderten. Dass in Kuba nur sieben Menschen starben, lag vor allem an Kubas hervorragenden Katastrophenschutz: In kürzester Zeit konnte ein Viertel der kubanischen Bevölkerung (2,5 Millionen Menschen) evakuiert werden. Sie erwarteten an sicheren Orten das Ende des Hurrikans. In diesem Sinne trotzte Kuba dem Sturm.



Zerstörte Häuser
auf dem Land.



Spendenkonto 10 11 12
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00
Stichwort „Kuba“
Tel.: 030/25389 300
mail@awointernational.de

FAMILIE

Beruf & Familie

Eltern sind überwiegend erwerbstätig

Wiesbaden (ots). Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gingen im Jahr 2007 deutschlandweit bei rund der Hälfte (51%) der Familien mit zwei Elternteilen Mutter und Vater aktiv einer Erwerbstätigkeit nach. Nach der „klassischen“ Rollenverteilung, bei der ausschließlich der Vater arbeitet, gestalteten 35 % der Paare mit Kindern ihr Erwerbsleben. Zu den Paaren zählen Ehepaare und Lebensgemeinschaften mit mindestens einem im Haushalt lebenden Kind unter 15 Jahren. Beide Elternteile sind zudem im erwerbsfähigen Alter.

Bei den unter Dreijährigen haben die Eltern von rund 320.000 Kindern eine Betreuung in Kindertageseinrichtungen oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege als Ergänzung zur eigenen Kindererziehung und Betreuung in Anspruch genommen. Der Anteil der Kinder in Tagesbetreuung an allen Kindern dieser Altersgruppe belief sich damit bundesweit auf rund 16 %. Im Jahr 2006 hatte die Betreuungsquote noch bei 14 % gelegen.

Wie Väter und Mütter Erwerbstätigkeit und Beruf unmittelbar nach Geburt eines Kindes vereinbaren, zeigen unter anderem auch die Ergebnisse der Elterngehaltstatistik. So war über die Hälfte (55 %) der insgesamt 720.000 Elterngehaltempfänger der im Jahr 2007 geborenen Kinder vor der Geburt des Kindes erwerbstätig. Während mehr als drei Viertel (77 %) der insgesamt 87.000 Väter vor der Geburt einer Erwerbstätigkeit nachgingen, war es bei den Müttern etwas mehr als die Hälfte (52 % oder 332.000).

Beruf & Familie

Dokumentation: „Zwischen Familie und Beruf“

Die Dokumentation über die Netzwerktagung „Zwischen Familie und Beruf – Angebote für Kinder unter 3“ liegt als Veröffentlichung des AWO-Bundesverbandes vor. Sie beinhaltet verschiedene Aspekte für den Ausbau der Angebote für Bildung, Betreuung und Erziehung für die Kleinsten. Sie gibt den fachpolitischen Sachstand wieder und zeigt Beispiele auf, wie die Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen gelingen kann. Für den AWO-Bundesverband war die Fachtagung Auftakt für eine Reihe von

Aktivitäten im Rahmen des Ausbaus der Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren. Dazu gehörte u. a. eine Stellungnahme zum Entwurf des Kinderförderungsgesetzes (KiföG) und die Beteiligung an zwei Anhörungen zum KiföG.

Aus den Ausbauplänen der Bundesregierung für Bildung, Betreuung und Erziehung der Kleinsten, erwächst bis zur Einführung des Rechtsanspruchs im Jahr 2013 ein Fachkräftebedarf von 80.000 – 100.000 Stellen. Dem gegenüber stehen ca. 7.000 Erzieher/-innen als Abgänger/-innen von Fachschulen und Akademien.

In einigen Regionen – insbesondere in Großstädten wie München – herrscht bereits heute Fachkräftemangel. Hier kommen mit Blick auf Personalentwicklung und Qualitätssicherung einige Herausforderungen auf die Träger von Einrichtungen zu. Deshalb hat z. B. die Bundesakademie für 2009 eine Reihe von Fortbildungsmaßnahmen geplant, die an die Erkenntnisse der Netzwerktagung anknüpfen. Die Dokumentation „Zwischen Familie und Beruf“ kann beim AWO-Bundesverband unter der Artikel-Nr. 02064 gegen eine Versandkostenpauschale angefordert werden: Email: verlag@awo.org

Ein neues Online-Informationsangebot

„Schwanger unter 20“

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, BZgA, hat für minderjährige und junge Schwangere sowie ihre Partner ein neues Online-Angebot entwickelt. Das Internetportal www.schwanger-unter-20.de bietet Betroffenen zahlreiche Informationen und Orientierungshilfen an.

Nach Untersuchungen der BZgA verhüten die meisten der 14- bis 17-jährigen jungen Frauen heute ebenso sorgsam wie Erwachsene. Rund 95 Prozent der Jugendlichen geben auf die Frage, wie sie zuletzt verhütet haben, die „Pille“ oder das Kondom an. Diese positive Entwicklung zeichnet sich auch bei den Zahlen zu den Schwangerschaften Minderjähriger ab, die seit einigen Jahren rückläufig sind. Kommt es dennoch in jungen Jahren zu einer Schwangerschaft, ist das für junge Frauen und ihre Partner oft eine kritische Situation. Umso wichtiger ist es, dass der Kontakt zu einer Schwangerschaftsberatungsstelle aufgenommen wird, um dort ausführliche Informationen und Unterstützung zu erhalten. Dennoch tun sich, meist aus Scham, jugendliche Schwangere oftmals schwer, eine Beratungsstelle aufzusuchen. Deswegen hat die BZgA das Online-Angebot entwickelt. In jugendgerechter Sprache

werden sowohl die junge Schwangere als auch ihr Partner angesprochen und ermutigt, Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Mehr Infos bei: www.schwanger-unter-20.de

KINDER & JUGEND

Kinder & Jugend

Bewegte Kinder kommen weiter

Gesundheitsförderung gehört seit geraumer Zeit zum Regelangebot von Kindertageseinrichtungen. Der Projektbericht „Bewegte Kinder kommen weiter“ gibt Impulse und Anregungen, um konkrete Gesundheitsförderung für sozial benachteiligte Kinder in Kindertageseinrichtungen in die Tat umzusetzen. Der Bericht ist in Form eines Leitfadens aufgebaut und stellt beispielhaft den Umgang mit Kindern aus Migrationsfamilien und Familien mit Langzeitarbeitslosigkeit in den Mittelpunkt.

Der Bericht „Bewegte Kinder kommen weiter!“ kann über den AWO Verlag und Vertrieb unter der Artikel-Nr.: 02065 gegen eine Versandkostenpauschale bestellt werden. Email: verlag@awo.org

Die neue Zeitschrift für Jugendsozialarbeit

Jetzt schlägt »DREIZEHN«

Um die Jugendsozialarbeit „sichtbarer“ zu machen und relevanten Themen den notwendigen Raum zu ermöglichen, gibt der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit die neue Zeitschrift DREIZEHN heraus. Der Titel hat einen klaren Bezug: §13 SGB VIII, der die gesetzlichen Grundlagen der Jugendsozialarbeit liefert. Die Leserinnen und Leser erfahren vieles zum aktuellen Stand der Jugendsozialarbeit und ihren Handlungsfeldern, die aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet werden.



Zahlreiche Praxisbeispiele und fachliche Bedarfe im Hinblick auf verbesserte Kooperationen sowie Bedingungen für eine gute Praxis auf den unterschiedlichen Ebenen werden vorgestellt.

Die "DREIZEHN" ist zu beziehen bei: Kooperationsverbund Jugendsozialar-

beit, Chausseestraße 128/129; 10115 Berlin, Bestellung per E-Mail: kooperationsverbund@jugendsozialarbeit.de

■ MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN

Menschen mit Behinderung

Studenten entwickeln Kartensystem für geistig Behinderte

(bikl). Studenten der »School of Design Thinking« des Potsdamer Hasso-Plattner-Instituts haben ein Kartensystem entwickelt, mit dem geistig Behinderte in die Lage versetzt werden, selbständiger am öffentlichen Leben teilzunehmen.

Das System besteht im Wesentlichen aus einem Set mit drei Kartentypen: Bedürfniskarten, Wegekarten und einer Notfallkarte. Die Bedürfniskarten sollen es Menschen mit Artikulationsproblemen erleichtern, Fremde gezielt um Hilfe zu bitten. Wegekarten sollen zusätzlich die Mobilität und Orientierung im öffentlichen Raum erleichtern. Die Informationen auf der Notfallkarte geben Helfern wichtige Hinweise für ein angemessenes Vorgehen in medizinischen und anderen Notfällen.

Die Karten enthalten sowohl Bild- als auch Textinformationen. Grafische Darstellungen machen den Umgang mit den Karten auch für diejenigen möglich, die nicht lesen können. So sind etwa Wegstrecken durch Bilder von Häusern oder anderen Landmarken dargestellt, an denen abgebogen werden muss. Kurze Texte richten sich vor allem an fremde Unterstützer, die auf der Straße angesprochen werden und einfache Hilfestellungen benötigen, wenn der betroffene Mensch mit geistiger Behinderung nicht mehr alleine weiterkommt.

Die Idee für das Kartensystem entstand im Rahmen der Ausbildung an Europas erster Innovationsschule. An ihr wird »erfinderisches Entwickeln« gelehrt.

■ MIGRATION

Integration

Patenatlas für Migranten

Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien sollen es leichter haben beim Start in Schule, Ausbildung und Beruf. Dafür engagieren sich viele Menschen in ehrenamtlichen Bildungspatenschaften. Der Patenatlas der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung zeigt, wo es Patenprojekte gibt. Der Atlas nimmt die Erfahrungen aus 166 bereits bestehenden Paten-

schaftsprojekten auf, um diese künftig besser zu vernetzen und zu koordinieren. Gleichzeitig wirbt die Broschüre für mehr bürgerschaftliches Engagement und soll dazu beitragen, regionale Lücken des entstehenden Netzwerkes zu schließen.

Rund 5.100 Patinnen und Paten begleiten mehr als 15.000 Interessierte. Das sind Kinder und Jugendliche, aber auch Eltern oder Geschäftsleute, die den Jugendlichen berufliche Perspektiven bieten möchten. Die Projekte sollen Menschen vor allem in drei Lebensabschnitten erreichen:

- Lesepaten helfen Kindern beim Deutschlernen und unterstützen so einen guten Start in die Schule;
- Jugendliche sollen beim Schulabschluss und der Berufswahl unterstützt werden;
- Schließlich sollen Unternehmerinnen und Unternehmer ausländischer Herkunft für die duale Ausbildung gewonnen werden.

Plädoyer für die Einbürgerung

Im Jahr 2000 trat das neue Staatsangehörigkeitsrecht in Kraft. Seitdem blieben die Einbürgerungszahlen in den folgenden Jahren hinter den Erwartungen zurück. Auch im internationalen Vergleich sind die Einbürgerungsquoten in Deutschland relativ gering. Ein Gutachten von Prof. Dietrich Thränhardt für die Friedrich-Ebert-Stiftung wirbt nun für eine bessere Einbürgerungspolitik. Die Integration der Einwanderer und ihrer Kinder ist in den letzten Jahren verstärkt in das Blickfeld von Politik und Öffentlichkeit getreten. Der von der Bundesregierung initiierte Integrationsgipfel und der daraus resultierende nationale Integrationsplan mit seinen über 400 Selbstverpflichtungen sind ermutigende Schritte in die richtige Richtung. Es setzt sich die Erkenntnis durch, dass Integration eine Querschnittsaufgabe aller politischen Felder ist, angefangen von der Arbeitsmarktpolitik über die Bildungspolitik bis hin zur Wohnungspolitik.

Voraussetzung für eine gelingende Integration ist aber auch die rechtliche Absicherung des Aufenthalts. Einbürgerung ist deshalb ein wesentliches Element des langwierigen Integrationsprozesses der Einwanderer. Eine hohe Barriere, die Einbürgerungen verhindert, ist zweifellos der Grundsatz der Vermeidung mehrfacher Staatsbürgerschaften. Obwohl es in der Praxis inzwischen zahlreiche Doppel- und Mehrstaatler in Deutschland gibt, verfolgen die Politik und die Verwaltung in dieser Frage eine restriktive Linie. Auch das sogenannte Optionsmodell, das hier geborenen Kindern von ausländischen Eltern unter bestimmten Bedingungen zwei

Staatsangehörigkeiten gewährt, ist problematisch. Diese Kinder müssen sich letztlich in einem bestimmten Zeitraum für eine Staatsangehörigkeit entscheiden.

Thränhardt's Gutachten analysiert die Entwicklung des Einbürgerungsrechts und der Einbürgerungszahlen in Deutschland. Seine internationalen Vergleiche sind hilfreich, die deutsche Einbürgerungspolitik zu überdenken und neue Wege zu beschreiten.

■ RECHTSEXTREMISMUS

Arbeitsblätter für die Schule

„Netz gegen Nazis“

Rechtsextreme bahnen sich in Deutschland immer stärker den Weg in den Alltag – in Vereinen, in Schulen, in Organisationen aller Art und nicht zuletzt im Internet. Um Möglichkeiten zu schaffen, sich zu informieren und dieser Entwicklung zu begegnen, hat die Wochenzeitung ZEIT gemeinsam mit Partnern ein umfangreiches Ratgeber- und Wissensportal gegen Rechtsextremismus ins Leben gerufen: „Netz gegen Nazis“, zu finden unter www.netz-gegen-nazis.de. Ein Teil des Projekts sind die Arbeitsblätter zum Thema „Rechtsextremismus“ des Cornelsen Teachwebs. Die Materialien gehen den Fragen nach, wie verbreitet der Rechtsextremismus in Deutschland ist und was Politik und Gesellschaft dagegen tun können. Beispiele aus dem Alltag und statistische Darstellungen regen zu Diskussionen in der Klasse an. Verschiedene Aktivitäten gegen Nazis werden dokumentiert.

Unter www.cornelsen.de/teachweb oder www.zeit.de/schule veröffentlichten die Kooperationspartner jeweils am ersten Donnerstag im Monat ein „Thema des Monats“. Der Download der Beiträge ist kostenlos.

Mehr Infos: www.cornelsen.de/teachweb, www.zeit.de/schule

■ SPENDEN

Spenden

Positiv-Liste: Wer ist spendenwürdig?

Das jüngste, vom Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen DZI, veröffentlichte »Spenden-Siegel-Bulletin« enthält Namen, Adressen, Kontoverbindungen, Internet- und Email-Adressen von 235 förderungswürdigen Spendenorganisationen, die sich auf freiwilliger Basis erfolgreich der jährlichen Prüfung durch das DZI unterzo-

gen haben. Die aufgelisteten Organisationen erreichen ein gemeinsames Spendenvolumen von 1,4 Mrd. Euro pro Jahr.

Rund 30 Prozent der Erstanträge auf Zuerkennung des Spendensiegels haben keinen Erfolg, teilt dazu das DZI mit. Die Positivliste des DZI kann schriftlich unter Beifügung von 3 x 55 Cent in Briefmarken bezogen werden bei: DZI, Bernadottestr. 94, 14195 Berlin. Das Spendenbulletin mit zusätzlichen Kurzbeschreibungen der Spenden sammelnden Hilfswerke sowie Spendentipps und Hinweise zu weiteren Angeboten des DZI können unter www.dzi.de im Internet abgerufen werden.

■ WELTWÄRTS

Entwicklungszusammenarbeit

1000 Freiwillige sind in Entwicklungsländern tätig

Berlin (hib/HLE). Die Bundesregierung zeigt sich mit dem neuen entwicklungspolitischen Freiwilligendienst „weltwärts“ nach den ersten Monaten der dreijährigen Einführungsphase sehr zufrieden. Bisher haben nach Angaben der Regierung 191 Trägerorganisationen die Anerken-



nung als „weltwärts“-Träger beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit beantragt. 130 Träger seien bislang akkreditiert worden. Die Entsendeorganisationen schätzen die Zahl der Bewerbungen für den Freiwilligendienst inzwischen auf 10.000. Davon seien 60 Prozent Frauen. Bis August 2008 sind etwa 1.000 Freiwillige in 38 Länder ausgereist. Rund 80 Prozent der Teilnehmer seien 18 bis 19 Jahre alt, 20 Prozent 20 bis 28 Jahre. Das neue Programm, so die Regierung, sei auch bei den Partnern der deutschen Entwicklungspolitischen Zusammenarbeit auf positive Resonanz gestoßen. Alle Ausreiseländer hätten die Freiwilligen herzlich willkommen geheißen. Für die Freiwilligen wird nach Angaben der Regierung ein Zuschuss in Höhe von 580 Euro pro Person und Monat gezahlt. Außerdem wird eine Auslands-krankenversicherung finanziert. Damit hänge der Freiwilligendienst in Entwicklungsländern nicht mehr von der Finanzkraft der Familien ab. Mittelfristig geht die Bundesregierung von 10.000 Entsendungen pro Jahr aus.

Impressum

Herausgeber: AWO-Bundesverband e. V., Blücherstr. 62/63, 10961 Berlin, Tel. 030/26309-0, Fax 030/26309-32599 E-Mail: info@awo.org, www.awo.org
Redaktion AWOmagazin:
 Tel. 030/26309-222,
 Fax 030/26309-32222
 E-Mail: awomagazin@awo.org

Redaktion: Joachim F. Kendelbacher (v. i. S. d. P.), Peter KuleBa. Länderrredaktionen: Axel Sommer (Berlin), Sabine Ivert-Klinke (Schleswig-Holstein), Beate Rink-Pohl (Bremen), Martina Bartling (Niedersachsen), Klaus Neubauer, Erwin Tälkers (Nordrhein-Westfalen), Sigrid Wieder (Hessen), Arnd von Boehmer, Ute Eisenacher (Baden-Württemberg), Roland Märker (Saarland). Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Leserzuschriften zu kürzen. Das AWOmagazin erscheint nach Drucklegung mit zeitlichem Abstand online unter www.awo.org. Redaktionelle Beiträge im AWOmagazin, die online gestellt sind, werden nicht gesondert honoriert.

Layout: Monika Penno, Bonn.

Anzeigen: NetworkMedia GmbH, Stresemannstraße 30, 10963 Berlin, Michael Blum, Claudia Härtig; Tel.: 030/ 25594-160, Fax: -190; eMail: haertig@nwmd.de. Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 27 vom 01.01.2008. Anzeigenschluss 6 Wochen vor dem 1. des Erscheinungsmonats.

Druck: L. N. Schaffrath, Geldern

Jahresabonnement: Das AWO-Magazin erscheint zweimonatlich und kostet 6 Euro (zzgl. 7% MwSt.) Adressenänderungen an den AWO-Bundesverband senden. Abbestellungen: 3 Monate vor Ablauf des Kalenderjahres.

zeug einer umfassenden „Kuranwendung“ zu unterziehen, empfiehlt der ACE. Das sei ein wirksamer Beitrag zur Werterhaltung des Wagens und zur Verkehrssicherheit. Der ACE rät zu einer gründlichen „Entrümpelung“ und ggf. den Dachgepäckträger wieder zu entfernen. Auf diese Weise kann zusätzlicher Kraftstoffverbrauch vermieden werden. Außerdem sollte das Auto gründlich gereinigt werden. Aus dem Urlaub mitgebrachter salzhaltiger Sand kann laut ACE die Rostentwicklung beschleunigen und sich in den Ritzen der Ansaugöffnungen für die Innenraumbelüftung festsetzen. Der ACE empfiehlt, nach einem Aufenthalt am Meer, den Fahrzeugunterboden und speziell die Radkästen mit Hochdruck zu reinigen. Auch die Autoreifen sollten nach unzähligen Urlaubskilometern einer gründlichen Prüfung unterzogen werden. Das gelte vor allem dann, wenn bei Hitze das schwer beladene Auto über schlechte Straßen touren musste.

■ PARTNER

Tipps von unserem Partner ACE

Sichere Mobilität auch im Alter

Von heute bis 2030 wird die Zahl der Menschen über 65 in Deutschland um 50 Prozent ansteigen und entsprechend wird auch die Mobilität im Alter zunehmen. Man besucht Freunde und Familie, nutzt das Auto für Freizeitaktivitäten und nutzt die Zeit, die man früher nicht hatte, um wieder mehr aufs Fahrrad zu steigen.

Mit dem Alter ändert sich auch der persönliche Blick auf den Verkehr und manche Dinge fallen nicht mehr so leicht. Man wünscht sich oft einen ruhigen Verkehr ohne Raserei und merkt, dass alte Gewohnheiten wie der „Schulterblick“ beim Abbiegen nicht mehr ganz so leicht fallen. Für die Verkehrswelt entstehen hier zwei Herausforderungen: Zum einen müssen Verkehrsplanung und Verkehrspolitik sich nach und nach anpassen. Fußgängerampeln, deren Grünphase einen olympiaverdächtigen Sprint verlangen, müssen umgestellt, unübersichtliche Kreuzungen und Einmündungen müssen umgeplant werden, wobei diese zunehmend dringenderen Forderungen Vorteile nicht nur für äl-



DVR-Medienarchiv

tere Menschen bringen. Zum anderen müssen auch Verkehrsteilnehmer ehrlich mit sich sein: Eine realistischer Blick darauf, was man noch gut kann, ist notwendig und das Eingeständnis, dass man beim Radfahren nicht mehr so fit ist wie mit 30, ist keine Schande.

Als Partner des Deutschen Verkehrssicherheitsrates DVR bietet der ACE im nächsten Jahr ein neues modulares Programm zur Mobilität älterer Menschen an: Technik, Fahrpraxis und Gesundheit werden ebenso thematisiert wie Verkehrsrecht und die Mobilität ohne eigenes Auto. Dabei bietet sich natürlich eine Zusammenarbeit mit dem Partner AWO an.

„Pflegekur“ nach Autourlaub

Strapazierte Stoßdämpfer und Bremsbeläge sowie reduziertes Reifenprofil gehören zu den typischen Mitbringseln aus dem Autourlaub. Wenn das Urlauberauto nach der Rückkehr aus den Ferien ziemlich ramponiert aussieht, ist es sinnvoll, das Fahr-

■ ALTENHILFE

„Wenn nichts mehr zu machen ist...“

Die gute Versorgung am Lebensende ist ein großes Thema der Gegenwart.

Menschliches Sterben von alt gewordenen Menschen ist das zentrale Thema des Buches „Wenn nichts mehr zu machen ist, ist noch viel zu tun – Wie alte Menschen würdig sterben können“.

Ein wesentliches Buch der Gegenwart, das in der Reihe Palliative Care und Organisations-Ethik in 3. aktualisierter und erweiterter Auflage im Lambertus Verlag, Freiburg erschienen ist.

Was wünschen sich alte Menschen, was brauchen sie in ihrer letzten Lebensphase? Wie und wo alte, hilfe- und pflegebedürftige Menschen in Sicherheit und Geborgenheit ihren Lebensabend verbringen, sind Fragen, mit denen sich viele beschäftigen, wenn das Thema Sterbehilfe in den Focus öffentlicher Debatten rückt.

Antworten geben in diesem Buch 37 Autorinnen und Autoren. Ein Fachbuch nicht nur für Fachleute, vielmehr ein Nachschlagewerk für all diejenigen, die einfach mehr zum Thema wissen möchten.

Andreas Heller/Katharina Heimerl/Stein Husebø (Hrsg.), **Wenn nichts mehr zu machen ist, ist noch viel zu tun. – Wie alte Menschen würdig sterben können** (Band 2), Lambertus-Verlag, 592 Seiten, 35,90 Euro, ISBN: 978-3-7841-1643-3

Andreas Heller/Katharina Heimerl/Stein Husebø (Hrsg.), **Wenn nichts mehr zu machen ist, ist noch viel zu tun. – Wie alte Menschen würdig sterben können** (Band 2), Lambertus-Verlag, 592 Seiten, 35,90 Euro, ISBN: 978-3-7841-1643-3

Wohnen im Alter

Ein Ratgeber der Verbraucherverbände informiert über Leistungen und Konzepte des Betreuten Wohnens. Wenn die eigenen Kräfte langsam nachlassen, möchten viele ältere Menschen so lange wie möglich selbständig in den eigenen vier Wänden leben und zusätzlich gut versorgt sein. Wird eine regelmäßige Betreuung und Pflege notwendig, bietet sich das „Betreute Wohnen“ als Wohnform an. Viele verbinden mit diesem Begriff eine umfangreiche Versorgung. Dies ist allerdings im Betreuten Wohnen für ältere Menschen nicht immer vorgesehen.

Was kostet diese Wohnform und wer bezahlt sie? Welches Angebot ist das Richtige beim Wohnen mit Service? Der Ratgeber der Verbraucherzentralen bietet



umfangreiche Informationen darüber, was Senioren und Angehörige über Leistungen, Verträge und Kosten wissen müssen.

Verbraucherzentrale, **Betreutes Wohnen**, 12,40 Euro, Versandservice des vzbv, Tel: 0 29 62 - 90 86 47, Email: versandservice@vzbv.de, www.ratgeber.vzbv.de

■ BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Bürgerschaftliches Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland

Erstmals hat eine Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das bürgerschaftliche Engagement von türkischen Mitbürgern in Deutschland untersucht. Danach beteiligen sich 64 Prozent der Befragten, dies sind rd. 1,3 Mio. Menschen türkischer Herkunft, an Aktivitäten in Vereinen, Verbänden, und Initiativen. Das ist in etwa vergleichbar mit der deutschen Bevölkerung. Die häufigsten Aktionsfelder der türkischen Bürger sind dabei u. a. Religion, Sport, Freizeit oder Schule. Lediglich bei der Beteiligung im religiösen Bereich unterscheiden sich die türkischen Migranten gegenüber den Deutschen mit 29 Prozent zu 10 Prozent.

Die Hälfte der Türken äußern über die bloße Beteiligung hinaus Interesse am freiwilligen Engagement. Mit zunehmender Aufenthaltsdauer nimmt auch die Beteiligung zu. Somit kann man auch davon ausgehen, dass mit einer Förderung der Engagementbereitschaft von Migranten zugleich auch eine Förderung der Integration einher geht.

Die Studie unterstreicht dies noch einmal an anderer Stelle, nämlich je mehr der Migrantensstatus im Leben der Zugewanderten an Bedeutung verliert umso mehr engagieren sie sich auf Feldern, die nicht migrationstypisch sind.

Die Auroren empfehlen aufgrund ihrer Forschungsergebnisse eine stärkere Vernetzung der Migrantenorganisationen mit den etablierten Institutionen und Initiativen und legen den klassischen Organisationen ans Herz, Vorurteile und Vorbehalte abzubauen. Die Forschungsergebnisse der Autoren – Martina Sauer und Dirk Halm arbeiten am Zentrum für Türkeistudien an der Universität Duisburg-Essen – können als Aufforderung an deutsche wie türkische Freiwilligenorganisationen verstanden werden, das große »gemeinsame« Potential für bürgerschaftliches Engagement auszuschöpfen.

Türkinnen und Türken in Deutschland, Verlag für Sozialwissenschaften, 206 Seiten, 26,90 Euro, ISBN 978-3-531-15540-1

■ KINDER & JUGEND

Handbuch „Kinder- und Jugendhilfe in der Bundesrepublik Deutschland“

Der Klassiker zur deutschen Kinder- und Jugendpolitik ist internationaler geworden.

Die Kinder von heute gestalten morgen nicht nur das eigene Land, sondern auch die weitere Einigung Europas und eine globalisierte Welt mit. Das spiegelt sich auch in dem neu aufgelegten Handbuch „Kinder- und Jugendpolitik, Kinder und Jugendhilfe in der Bundesrepublik Deutschland“ wieder, das der Internationale Jugendaustausch- und Besucherdienst der Bundesrepublik e.V. (IJAB) im Auftrag der Europäischen Kommission und des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend herausgegeben hat.

Die neuesten jugendpolitischen Entwicklungen werden in einer überarbeiteten und erweiterten Neuauflage abgebildet. Die Publikation gibt auf fast 800 Seiten einen umfassenden Überblick über die kinder- und jugendrelevanten Gesetze in Deutschland. Ein umfassender Nachschlageteil stellt das breit gefächerte Trägerspektrum der über 430 bundesweit tätigen Jugendverbände, Fachorganisationen, Stiftungen und Einrichtungen dar.

Das Handbuch steht unter der Webadresse des BMFSFJ und unter www.kinder-jugendhilfe.info auch online zur Verfügung.

Bezug: IJAB - Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. (Hrsg.); Godesberger Allee 142-148, 53175 Bonn, E-Mail: info@ijab.de. Das Buch (798 Seiten) ist gegen eine Schutzgebühr von 15 Euro zuzüglich 3,90 Euro Versandkosten bei der Geschäftsstelle von IJAB erhältlich. ISBN: 978-3-924053-52-9.

Konzeptentwicklung in der Jugendarbeit

Der Bedarf an Konzeptentwicklungen in der Kinder- und Jugendarbeit wächst: Wirksamkeits- und Qualitätsdialoge stellen Ansprüche an Konzepte; neue Herausforderungen entstehen durch die Kooperationen von Kinder- und Jugendarbeit, besonders mit der Schule. In den Verbänden haben sich neue »Praxisentwicklungsprojekte« ergeben, die ebenfalls Bedeutung für Konzeptionsentwicklung haben.

Das Buch zielt besonders auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Felder der Kinder- und Jugendarbeit: Offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugend-

verbandsarbeit; mobile Formen, Kinder- und Jugendarbeit in Kooperation mit Schule, Jugendarbeit in Kooperationen im Sozialraum usw. Der Band bietet praktisches Handwerkszeug und liefert konkrete Anleitungen zur Konzeptentwicklung, die in ihren Grundzügen für alle Felder und Ebenen der Kinder- und Jugendarbeit gelten.

Benedikt Sturzenhecker, Ulrich Deinet (Hrsg.), **Konzeptentwicklung in der Kinder und Jugendarbeit**, Juventa-Verlag, 238 Seiten, 19,- Euro, ISBN 978-3-7799-0974-3

■ MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN

Eltern mit geistiger Behinderung und ihre Kinder

Seit etwa fünfzehn Jahren gewinnt die Elternschaft von „Menschen mit Lernschwierigkeiten“ bzw. mit geistigen Behinderungen an Bedeutung. Auf internationaler Ebene ist die Elternschaft von Menschen mit geistiger Behinderung inzwischen zum praxisrelevanten For-

schungsgegenstand geworden. Nicht nur durch die Bezugnahme auf die internationale Begriffsvielfalt, sondern auch durch den Versuch der politischen Korrektheit in der Begriffswahl („Menschen mit Lernschwierigkeiten“ anstelle von „Menschen mit geistiger Behinderung“) erklärt sich die allgemein zu konstatierende Begriffsunschärfe in der Beschreibung der Zielgruppe.

Das Buch ist sowohl für interessierte Fachleute unterschiedlicher Professionen als auch für Laienkräfte und Familienangehörige, die in Theorie und Praxis mit entsprechenden Fragestellungen konfrontiert werden, sehr Gewinn bringend. Obwohl die Beiträge durchgängig auf einem hohen fachlichen Niveau angesiedelt sind, ist das Buch sehr leserfreundlich gestaltet. Dazu tragen insbesondere die vielen Fallbeispiele nach jedem Beitrag bei, in denen die wissenschaftlich erörterten Aspekte alltagsbezogen veranschaulicht zusammengefasst werden. Kein anderes Werk gibt derzeit einen so fundierten und umfassenden Einblick in den aktuellen Stand

der Fachdiskussion zur Elternschaft von Menschen mit geistiger Behinderung.

Rezension: Monika Schumann
Socialnet.de

Ursula Pixa-Kettner (Hrsg.): **Tabu oder Normalität? Eltern mit geistiger Behinderung und ihre Kinder**. Universitätsverlag Winter (Heidelberg), 345 Seiten, 24,- Euro, ISBN 3-8253-8328-8.

■ PFLEGE

Pflege

Pflegende Ehepartner von dementiell erkrankten Menschen sind stark belastet und doch gelten sie als besonders zurückhaltend gegenüber Unterstützungsangeboten. Wie kommt dieser Widerspruch zustande? Das Buch von Luitgard Franke gibt erstmalig für den deutschsprachigen Raum einen umfassenden Überblick über die Situation pflegender Partner von Demenzkranken. Mit ihrer Untersuchung vermittelt sie einen Einblick in die Praxis der Angehörigenbetreuung.

Luitgard Franke, **Demenz in der Ehe**, Mabuse-Verlag, 455 Seiten, 39,90 Euro, ISBN-10: 3-938304-49-9

Wir liefern Qualität für die Menschen

Braunschweig. Als erste sozialpsychiatrische Einrichtungen in Niedersachsen sind das Braunschweiger AWO-Haus am Peterskamp und das Schöninger AWO-Haus am Elm sowie die Wolfenbütteler AWO-Arche im Rahmen eines Qualitätsmanagementsystems nach einem Tandem-Konzept zertifiziert worden. Dies bedeutet, dass die Zertifizierung nicht nur nach DIN EN 9001:2000 erfolgt ist, sondern zusätzlich auch nach eigenen AWO-Kriterien. Nach zwei Jahren intensiver Vorbereitung haben die Häuser die Auszeichnung von der Deutschen Gesellschaft zur Zertifizierung von Managementsystemen (DQS) erhalten.

Die Mitarbeiter des Hauses am Elm freuen sich mit Einrichtungsleiter Günter Pöschl (Mitte, mit Zertifikat) über die Auszeichnung. Links QM-Beauftragte beim AWO-Bezirksverband Braunschweig, Edda Hotopp, und AWO-Bezirksgeschäftsführer Rifat Fersahoglu Weber.



Foto: AWO

„Wir erbringen unsere Leistungen für Menschen“, sagte AWO-Bezirksgeschäftsführer Rifat Fersahoglu-Weber bei der Zertifikatsübergabe an die Mitarbei-

ter des Hauses, „daher müssen wir höchste Qualität abliefern.“ Auch Fehler könnten mit dem QM-System jetzt schnell aufgedeckt und behoben werden.

„Bei der Überprüfung hat die DQS in allen Einrichtungen eine sehr hohe Professionalität der Mitarbeiter festgestellt“, erläutert Edda Hotopp, Qualitätsmanagementbeauftragte beim AWO-Bezirksverband Braunschweig. „Weiterhin ist positiv aufgefallen, dass die Selbständigkeit unserer Klienten optimal gefördert wird.“

Heidrun Löhr, Leiterin des Hauses am Peterskamp, nennt weitere Qualitätsverbesserungen: „Der Beschäftigungs- und Arbeitsbereich unserer Bewohner wurde angepasst, die entsprechenden Ressourcen der Bewohner können jetzt viel besser genutzt werden. Auch die Beteiligung an der Ergotherapie ist deutlich angestiegen während der vergangenen zwei Jahre.“

Im Haus am Elm wurde der Wunsch von Bewohnern zur Erweiterung der Freizeitangebote aufgegriffen und das Projekt „Wir erkunden unsere Region“ initiiert. Ein entsprechender Projektantrag wurde bei „Aktion Mensch“ gestellt mit dem Ziel, Exkursionen in die Umgebung durchzuführen, um beispielsweise Sehenswürdigkeiten und historisch bedeutsame Orte kennenzulernen.

Die Angebote werden im Rahmen des QM-Systems auch nach der Zertifikatsübergabe kontinuierlich überprüft und weiterentwickelt. Die nächste Begutachtung findet in einem Jahr statt.

Die AWO OWL ist eine familienfreundliche Arbeitgeberin

Familienministerin von der Leyen übergab Zertifikat in Berlin

Berlin/Bielefeld. Die AWO Ostwestfalen-Lippe e.V. ist eine familienfreundliche Arbeitgeberin. In Berlin übergaben Familienministerin Ursula von der Leyen und Wirtschaftsstaatssekretär Jochen Homann das entsprechende Zertifikat der berufundfamilie GmbH an Dr. Anke Reinisch, Mitarbeiterin des ElternService AWO OWL. Ebenso wie mehr als 600 Unternehmen, Institutionen und Hochschulen hat die AWO OWL das Audit der Initiative der Hertie-Stiftung zur Familienfreundlichkeit durchlaufen und konkrete Ziele vereinbart.

Immer mehr Arbeitgeber in Deutschland setzen auf eine familienbewusste Personalpolitik. Arbeitnehmern wie Arbeitgebern bringt eine familienfreundliche Unternehmensführung viele Vorteile. Auch die AWO OWL hat dies erkannt. Nicht nur als Anbieterin entsprechender Betreuungsdienstleistungen für Kinder und Familien, sondern auch als Arbeitgeberin ist sie familienfreundlich eingestellt. Offiziell

anerkannt wurde dies durch das Audit-Zertifikat der berufundfamilie GmbH, das nun in Berlin offiziell übergeben wurde.

Das Gütesiegel für Familienfreundlichkeit wurde der AWO OWL auf der Basis des Bestehenden und für die Vereinbarung von Zielen verliehen, die in den nächsten drei Jahren umzusetzen sind. Dazu zählen der Aufbau eines Kontakthalteprogramms für familienbedingt freigestellte Beschäftigte und familienfreundliche Dienstleistungen, die der ElternService der AWO für Unternehmen anbietet und nun auch von den eigenen Beschäftigten genutzt werden sollen.

Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen: „Die zertifizierten Unternehmen und Institutionen zeigen jeden Tag aufs Neue, wie ein Betrieb familienbewusst und zugleich erfolgreich geführt werden kann. Damit sind sie Trendsetter in einer innovativen Wirtschaft.“

-pm-

Komfortabel wohnen- bis ins hohe Alter

Neue Marler Wohnungsgesellschaft nutzt Angebot des Seniorenservice AWO

Der »SeniorenService AWO« wurde Anfang 2007 unter Federführung des AWO Bezirksverbandes Westliches Westfalen e.V. gegründet. Im Juli 2008 firmierte er zur SeniorenService AWO GmbH. Gesellschafter sind neben dem AWO Bundesverband 27 Landes- und Bezirksverbände. Als Agentur berät der SeniorenService AWO, informiert und vermittelt bundesweit individuelle und qualifizierte Hilfen und Dienstleistungen für ältere Menschen und deren Angehörige. Zielgruppen sind Unternehmen, die familienfreundliche Angebote ihren Beschäftigten zur Verfügung stellen, Versicherungen und Wohnungsgesellschaften.

Seit Gründung des SeniorenService AWO haben sich bundesweit zahlreiche Unternehmen von dem Dienstleistungsangebot überzeugen lassen und sind Vertragspartner geworden. Dazu zählen u.a.: E.ON Bayern, Merz GmbH, Schüco International KG, Europ Assistance, die ÖRAG GmbH und regionale Wohnungsgesellschaften, wie das Beispiel der „Neuen Marler Wohnungsgesellschaft“ (Neuma) zeigt.

Die überwiegende Zahl der Neuma-Mieter wohnt bereits seit Jahren in ihren Wohnungen und sie möchten langfristig bis ins hohe Alter dort bleiben. Doch die alltäglichen Dinge und Erledigungen stellen viele ältere Menschen vor erhebliche Probleme. Die können schlimmstenfalls dazu führen, dass sie ihre vertraute Wohnung verlassen müssen. Die Sorgen und Nöte sind Hartmut Benecken, Geschäftsführer der Neuma und seinen Mitarbeitern nicht verborgen geblieben. Gemeinsam mit dem Unternehmen, dem Seniorenservice AWO und dem AWO Unterbezirk Münsterland-Recklinghausen wurde ein passgenaues Leistungspaket für die Mieter geschnürt. Jedem Mieter werden bei altersbedingter körperlicher Beeinträchtigung praktische Hilfen zur Bewältigung des Alltags angeboten. Auch für die Entlastung pflegender Angehöriger wird gesorgt. Hier hat die Neuma mit der AWO Sonderkonditionen für die Mieter vereinbart.

Eine langjährige Mieterin, Frau Kenda, berichtet aus ihrer Erfahrung: „Ich bin froh und dankbar für die unkomplizierte Hilfe in meinem Haushalt, die ich über die AWO erhalte.“ Durch altersbedingte Rückenbeschwerden nimmt Frau Kenda die haushaltsnahen Dienstleistungen regelmäßig in Anspruch.

Erfahrene Mitarbeiterinnen helfen bei der Haushaltsführung. Diese reicht von der Reinigung der Wohnung über das Fensterputzen mit Gardinenpflege bis hin zur Flurreinigung oder Entrümpelung des Kellers. Auch die Unterstützung bei Begleitungen, sei

es zum Arzt, zu Behörden oder zum Friedhof werden häufig von den Mietern angefragt.

Die soziale Teilhabe ist ebenso ein wichtiger Baustein des AWO-Angebotes. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen mit den Kunden spazieren, lesen vor oder begleiten auch mal ins Museum oder Konzert. Ergänzt wird dies vom Einkaufsservice. Die Kunden werden zum Einkauf begleitet oder ihnen wird die gewünschte Ware nach Hause gebracht.

Ein besonderer Service wird bei einem Aufenthalt im Krankenhaus angeboten. Auf Wunsch kümmern sich die AWO Mitarbeiterinnen während der Abwesenheit um die Wohnung, gießen Blumen, lüften die Zimmer, leeren den Briefkasten und versorgen den Erkrankten in der Einrichtung mit frischer Wäsche. Auf Wunsch findet ein regelmäßiger Besuchsdienst im Krankenhaus statt.



Foto: Reiner Kruse/waz

Mitarbeiter Wilfried Korbanek am Telefon in der Servicezentrale des Seniorenservice AWO in Marl.

Die „haushaltsnahen Dienstleistungen“ sind nur ein Baustein im Leistungsspektrum des regionalen Seniorenservice der AWO Münsterland-Recklinghausen. Zusammen mit dem Hausnotrufsystem, der häuslichen ambulanten Pflege, der Beratung bei seniorengerechten Umbauten in der Wohnung und der Demenzberatung trägt diese Dienstleistung dazu bei, dass ältere Menschen und Behinderte möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung leben können. Auch in anderen Regionen Deutschlands hat der SeniorenService AWO Kontakt mit Wohnungsgesellschaften geknüpft und ähnliche Angebote für Mieter mit den jeweiligen AWO-Gliederungen vor Ort entwickelt.

Der bundesweit tätige SeniorenService AWO hat seine Servicezentrale in Marl und ist unter der bundesweiten Hotline: 01805 296 700 oder unter www.seniorenservice-awo.de erreichbar.

Kerstin Fromm

Ein neues Wohnhaus mit Wohlfühl-Faktor

Auf dem Weg zu einem selbstbestimmten Wohnen

Nachbarschaftsfest aus Anlaß der Eröffnung des neuen Wohnhauses in Hertener Kaiserstraße



Herten. Ein besseres Omen hätte es zur Eröffnung nicht geben können: Vom wolkenlosen Himmel setzte die Sonne das neue Wohnhaus für junge Menschen mit Behinderungen an der Hertener Kaiserstraße ins rechte Licht. Nach nur einem Jahr Bauzeit eröffnete der Vorsitzende des AWO-Bezirks Westliches Westfalen, Bodo Champignon, vor zahlreichen Ehrengästen eine neue Einrichtung, „die sich an den baufachlichen Standards einer fortschrittlichen Politik für behinderte Menschen orientiert“.

Champignon erinnerte in seiner Festrede an die zahlreichen Gespräche mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe, der Stadt Hertener und den Grundstückbesitzern, die schließlich zum Bau des Wohnhauses mit genug Platz für 24 junge Menschen führten. Auf nahezu 3000 Quadratmetern Grundstück und mit dem finanziellen Einsatz von rund 2,5 Millionen Euro entstand eine Wohneinrichtung, „die“, so Bodo Champignon, „den Weg zu einem selbstbestimmten Leben öffnet“. Das stationäre Wohnen soll nämlich einmal zum ambulant betreuten Wohnen außerhalb der Einrichtung führen. Diese Übergänge müssten nach den Worten des Bezirksvorsitzenden flexibel gestaltet sein und dazu müssten auch die Rahmenbedingungen weiter verbessert und weniger bürokratisch gestaltet werden.

Alexandra Sollbach, die die Wohnstätte Hertener neben der Wohnstätte Marl leitet, freute sich, dass sie zur Eröffnung auch etliche Nachbarn begrüßen konnte. Die Bewohner des Hauses erhielten regelmäßig in dem großen Garten Besuche aus der Nachbarschaft. „Wir wünschen uns diese intakte Nachbarschaft, die für das sich zu Hause fühlen von großer Bedeutung ist“, betonte Sollbach.

Bei der Einrichtung des Hauses wurden die Wohnwünsche und der Geschmack der jungen Bewohner berücksichtigt, ebenso wurden die Angebote zur Freizeitgestaltung auf die jungen Bewohner ausgerichtet. Die Lebens- und Wohnbedingungen der Bewohner sollen soweit wie möglich den normalen Lebensbedingungen angepasst werden, um ein größtmögliches Wohlbefinden und Lebenszufriedenheit zu erreichen. Dazu gehört auch, dass Alexandra Sollbach und ihr 30-Mitarbeiter-Team für die Bewohner die notwendigen verlässlichen Strukturen geschaffen und eine vertrauensvolle Atmosphäre hergestellt haben.

- RR -



Bezirksvorsitzender Bodo Champignon inmitten der zahlreichen Gäste

Fotos: AWO

Tag der AWO

Braunschweig/Salzgitter. „Für das gute Wetter bin ich als Umweltminister verantwortlich“, sagte Sigmar Gabriel augenzwinkernd, als er dem Tag der AWO in Salzgitter-Lebenstedt bei schönstem Sonnenschein seinen Besuch abstattete. Zahlreiche Familien mit ihren Kindern besuchten das AWO-Fest, bei dem die Jüngsten bei

einem vollen Tagesprogramm richtig auf ihre Kosten kamen. Die Älteren wurden von einem »Non-Stop-Bühnenprogramm« ebenfalls in Schwung gehalten. Von Jazz über türkischen Rock-Pop und Flamenco bis

hin zu Cover-Songs der Salzgitteraner Band „Don't beat Bubu“ ging die musikalische Bandbreite. Vor der Bühne versammelten sich rund 150 Kinder, die unter Leitung von Chorleiter Andreas von Einem gemeinsam Kinderlieder sangen – zur großen Begeisterung ihrer stolzen Eltern.

Aber nicht nur Spiel, Spaß und Unterhaltung wurden auf dem Tag der AWO geboten, den der AWO-Bezirksverband Braunschweig jedes Jahr ausrichtet, sondern auch jede Menge Informationen. In acht Themenzelten gaben AWO-Mitarbeiter Auskunft über Jugendhilfe, Psychosoziale Hilfen, Senioren & Pflege, Beratungsangebote, Jugendprojekte, Mitgliedschaft & Ehrenamt, Migration & Integration und Kindertagesstätten.



Bundesumweltminister Sigmar Gabriel mit AWO-Bezirksvorsitzenden Gabriele Siebert-Paul und Bezirksgeschäftsführer Rifat Fersahoglu-Weber

Foto: AWO

Eine ganze Woche lang hieß es in Niedersachsen:

„Alle Kinder braucht das Land“

Jedes sechste niedersächsische Kind ist arm, in manchen Regionen des Bundeslandes sogar jedes dritte; das bedeutet, dass etwa 200.000 Kinder in Niedersachsen von Armutsfolgen betroffen sind. Um auf diese dramatische Situation hinzuweisen, veranstaltete die AWO eine landesweite Themenwoche, die passgenau mit einem kräftigen Trommelwirbel am Weltkindertag im September zu Ende ging.

Die Kindertrommelgruppe
„Dindingo Drums“
trommelten und sangen
lautstark zum Abschluss
der Themenwoche.



Eine Woche stellten die AWO Kitas vielfältige Aktionen vor, präsentierten Projekte und Ideen zur Prävention von Armutsfolgen. 60 Kitas von Göttingen bis Stade, von Braunschweig über Hannover bis Osnabrück warben dafür, dass alle Kinder eine Chance haben müssen, am gesellschaftlichen Leben und Lernen teil zu haben.

In Stade beispielsweise, in der Kita »Bei der Insek«, haben Kinder in der Projektwoche Bilder gemalt und gebastelt, in denen sie sich aus ihrer Sicht mit dem Thema Armut beschäftigten. Dabei sind erstaunliche Werke entstanden.

Armut ist ein abstrakter Begriff und doch können viele Kinder sehr wohl etwas damit anfangen. Kinder wissen genau, was ihnen gut tut, was sie brauchen, um Geborgenheit, Schutz, Zugehörigkeit und Anregungen zu bekommen: mit Mama schmusen, in den Wald gehen, verstecken spielen, Freunde haben. Und mit Armut verbinden sie: angespannte Stimmung, Streit, Traurigkeit, sich nichts kaufen können, „Alles ist zu teuer...“, kein tolles Spielzeug, keine Freunde haben.

In vielen der beteiligten Kitas gab es deshalb Tauschbörsen für Kleidung, Spielzeug und Bücher, gemeinsame Frühstücksrunden, Eltern-Nachmittage, an denen kostenlose Spielideen gebastelt und ausprobiert werden konnten, Theatervorstellungen und Infoveranstaltungen zum Umgang mit Geld für Kinder und Erwachsene, die zusammen mit der AWO Schuldnerberatung vorbereitet worden waren.

„Wir müssen uns immer wieder klar machen und dazu diente diese Themenwoche“, sagt Petra von Barga, Geschäftsführerin der AWO Jugendhilfe und Kindertagesstätten gGmbH, „Kinderarmut ist weit mehr als nur die materielle Not, unter der viele Kinder aus Familien leiden, deren Eltern zum Beispiel Hartz IV Empfänger sind. Kinderarmut geht einher mit Einschränkungen im kulturellen, sozialen und ge-

sundheitlichen Bereich und führt letztendlich zu Ausgrenzung“.

Die Definition von Armut und deren Folgen eignen sich nicht zum globalen Vergleich. Es ist eben wie mit den Äpfeln und Birnen: Armut ist auch in diesen Breiten erniedrigend und deprimierend, weil Kinder tagtäglich den Verlockungen der Wohlstandsgesellschaft und dem Druck durch wohlhabendere Spielkameraden ausgeliefert sind. Die Kitas der AWO sind ganz nah dran an der Problematik, sie erleben es sozusagen »live«, beschäftigen sich Tag für Tag mit den Folgen von Armut. Nichts von dem, was in der Themenwoche zu erleben war oder dem Veranstaltungskalender entnommen werden konnte, hatten sich die Kitas extra nur für diese sieben Tage ausgedacht. Alles ist – je nach Schwerpunkt der Einrichtung – Alltag.

„Alle Projekte und Aktionen, die in dieser Woche das Bewusstsein für Armut inmitten unserer Gesellschaft schärfen sollten, sind ausdrücklich zur Nachahmung empfohlen“ wünschte sich deshalb als Fazit auch der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der AWO Niedersachsen Axel Plaue. Er hatte die Themenwoche in der AWO Kita in Burgdorf mit einem Jazz-Sommernachmittag eröffnet und erklärt: „Uns ist es sehr wichtig, dass Kinderarmut landesweit und flächendeckend zu einem brennenden Thema wird. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren, wir müssen jetzt dafür sorgen, dass endlich in großem Umfang in die Bildung und besonders in die Kindertagesstätten investiert wird.“



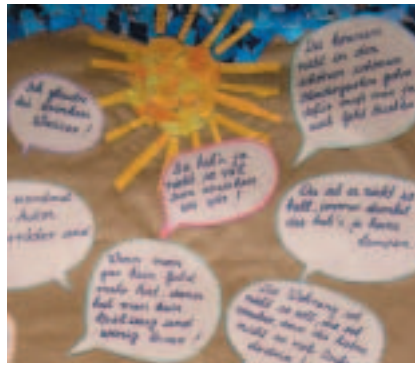
Fotos: AWO

Bei Büchertauschbörsen hatte jedes Kind die Chance auf ein Lieblingsbuch

Auf der lokalen bzw. regionalen Ebene konnte Axel Plauke nach Abschluss der Themenwoche bereits Signalwirkung vermelden: „Im kommenden Jahr 2009 wollen wir als AWO mit allen Kommunen, in denen wir Kindertagesstätten haben, über ein Budget verhandeln. Daraus wollen wir Familien unbürokratisch in Notlagen helfen, Ausflüge u. ä. bezahlen, ohne einen Beitrag zu erheben, der arme Kinder ausschließen würde. Vielleicht kann man auch wenigstens einmal in der Woche ein gesundes Frühstück für alle Kinder anbieten“.

Um eine dauerhafte und nachhaltige Beschäftigung mit dem Thema Kinderarmut in Kindertagesstätten zu gewährleisten, will die AWO darüber hinaus ein Weiterbildungsangebot für pädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen schaffen. Mit dieser Qualifizierung sollen die ErzieherInnen befähigt werden, die Lebensumstände der Kinder besser einzuschätzen, positive Einflüsse für die Entwicklung der Kinder zu schaffen und politische Handlungsspielräume zu nutzen. Die AWO ist auch Kooperationspartner des »Regionalen Knotens« Niedersachsen, der die Broschüre „Strategien gegen Kinderarmut – Impulse für die Praxis“ herausgegeben hat. Darin werden kurzgefasst zehn Schritte auf dem Weg gegen die Folgen von Kinderarmut vorgestellt, mit dem Ziel, erfolgreiche Strategien gegen Kinderarmut zu benennen, Impulse für die Praxis zu geben und die Diskussion über wirksame Gegenstrategien vor Ort anzuregen. Die Broschüre kann als PDF unter www.gesundheit-nds.de abgerufen werden. Außerdem wird die AWO in Niedersachsen ein Themenheft unter dem Titel: „Alle Kinder braucht das Land – Gegen Kinderarmut in Niedersachsen“ herausgeben.

Kerstin Kromminga



Kinder können sagen, was „Armut“ ist



Versteckte Armut? Armut hat ein Gesicht, Kinder wissen das.



Axel Plauke eröffnete die niedersachsenweite Woche gegen Kinderarmut

Romantikurlaub im Wiedbachtal

Mit dem Erwerb eines Hotels und Restaurants schafft die AWO Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung



Neuwied/Rhein. Beschäftigungs- und Ausbildungsplätze für Menschen mit Beeinträchtigungen sind auf dem Arbeitsmarkt rar. Der AWO Kreisverband Neuwied hat deshalb eine nicht alltägliche Idee in die Praxis umgesetzt. Im landschaftlich reizvollen Wiedbachtal, zwischen Westerwald und dem Rheintal gelegen, hat die AWO ein Hotel erworben, in dem Menschen mit Behinderungen in verschiedenen Funktionen Arbeit finden.

Vor drei Jahren stand das Hotel/Restaurant im Örtchen Hausen, nahe Neuwied, zur Versteigerung an. Rainer Litz, Geschäftsführer des AWO Kreisverbandes erwarb die Immobilie günstig bei der öffentlichen Versteigerung. Mit finanzieller Unterstützung der „Aktion Mensch“ für Renovierung und Betrieb des Hauses konnte umgebaut und das Haus im April 2006 wieder eröffnet werden.

Unter dem Namen „Franziskaner“ betreibt nun die „AWO-Arbeit gemeinnützige GmbH“ als Tochtergesellschaft der AWO Neuwied Hotel, Restaurant und Café. Sieben schwer behinderte Menschen haben seitdem eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Service, der Küche und dem Technikbereich des Hauses.

Nach dem Ankauf eines Nebengebäudes verfügt das Hotel „Franziskaner“ nunmehr über 13 moderne und sehr gut ausgestattete Doppelzimmer, Tagungsraum, Restaurant/Café für bis zu 80 Gästen und ei-

nen großen Biergarten. Gruppen bis zu 26 Personen können im eigenen Haus, weitere Gäste bei kooperierenden Hotels im Ort untergebracht werden. Demnächst soll ein zusätzlicher Gastraum für bis zu 60 Gästen und eine Boule-Bahn geschaffen werden.

Die preiswerten und attraktiven Angebote an Hotelzimmern und in der Restauration haben sich mittlerweile rum gesprochen. Wanderer, Radfahrer und Urlauber aus dem In- und Ausland kommen ins wildromantische Wiedbachtal und zum „Franziskaner“. Das Haus liegt günstig an den Wanderrouten Rheinstieg, Westerwaldsteig und Limes-Wanderweg und dient als Ausgangsort für viele attraktive Touren an Rhein und Mosel. Unmittelbar neben dem Hotel befindet sich das Wiedtal-Bad mit Saunalandschaft, Hallen- und Außenschwimbereich, das für Gäste des „Franziskaner“ Preisvorteile anbietet.

Das Team des „Franziskaner“ hilft den Gästen fachkundig bei der Organisation und Planung vieler Aktivitäten, seien es Ausflüge ans „Deutsche Eck“ in Koblenz, die Westerwälder Seenplatte, der Besuch einer der vielen uralten Weinkeller, uralte Kutschfahrten oder geführte Nachtwanderungen in der waldreichen Mittelgebirgslandschaft.

Eine besondere Anerkennung wurde dem „Franziskaner“ inzwischen zuteil: Der Hotel- und Gaststättenverband zeichnete das Hotel mit 3 Sternen und die hauseigene Küche mit der Prämierung „Die saubere Küche 2007“ aus.

Viele AWO Ortvereine haben den „Franziskaner“ bereits als Ziel eines Tagesausflugs oder für einen längeren Urlaub genutzt. Allen AWO Mitgliedern wird ein 10%iger Nachlass auf Übernachtungen gewährt.

Die AWO in Neuwied beabsichtigt, weitere Arbeitsplätze für beeinträchtigte Menschen durch eine Erweiterung der Gastronomiebetriebe zu schaffen.

Mehr Infos bei:

www.franziskaner-hausen.de;

Email: info@franziskaner-hausen.de



AWO bewegt

Wanderer werben für die AWO

Kiel/Gettorf. Ungewöhnlichen persönlichen Einsatz zeigten in diesem Sommer Jessika Drescher und Ulrich Winter von der AWO Gettorf. Sie machten als Wanderer unter dem Motto „AWO bewegt“ Werbung für das ehrenamtliche Engagement in der AWO.

Beide wussten genau, warum und wofür sie sich auf die Rundtour einmal um Schleswig-Holstein begeben hatten. Jessika Drescher ist Geschäftsführerin des AWO-Ortsvereins Gettorf, Ulrich Winter engagiert sich freiwillig im Ortsverein. Drei Wochen wanderten sie von einem Ortsverein zum nächsten, um auf die vielfältigen Angebote aufmerksam zu machen. Ihre originelle Idee wurde vom Landesverband unterstützt. Landesgeschäftsführer Volker Andresen wünschte ihnen beim Start in Kiel eine gute Reise.

In der Landeshauptstadt lernten die Wanderer beispielsweise die Zeitschrift „Alternative“ – nicht nur für Senioren – und die Hobbybörse „Wabe“ (www.wabe-online.de) kennen. Als Gastgeschenk für ihre zweite Station erhielten sie ein Koch- und Lesebuch der Projektgruppe „Jung & Alt“, worüber sich die Vorsitzende Uschi Ahrens vom AWO-Ortsverein Preetz freute. Die Preetzer AWO ist u. a. Träger von zwei Betreuten Grundschulen.

Station beim Ortsverein Plön war das Mehrgenerationenhaus. Hier gibt es einen „Tauschring“, der Nachbarschaftshilfe organisiert. Die nächsten Ziele waren Bad Malente mit seiner Begegnungsstätte und Bad Schwartau mit der Tafelinitiative. Von dort begleiteten Mitglieder des Ortsvereins die Wanderer ein Stück in Richtung Lübeck. Beeindruckt waren sie hier von der Aktion „Reisen ohne Koffer“ für Seniorinnen und Senioren. Im Sommer werden 32 ältere Mitbürger an fünf Tagen mit Bussen an den Priwall nach Travemünde gefahren, damit sie dort tagsüber entspannen können.

Weiter ging es zum Ortsverein Reinfeld, der mit 42 Mitgliedern zu den kleineren Ortsvereinen zählt. Bekanntes Aushängeschild der AWO in Lauenburg ist das „Bildungszentrum Hohegeest“. Hier gibt es ein aktives Jugendwerk, das Survivaltraining für Jugendliche anbietet. Sie lernen u. a. eine Feuerstelle anzulegen und die verschiedensten Knoten zu knüpfen. Rund 140 Mahlzeiten liefert der Service Essen auf Rädern des Ortsvereins Wedel täglich aus, erfuhren die Wanderer beim nächsten Stopp.

Beim Ortsverein Glückstadt lernten Jessika Drescher und Ulrich Winter die Kleiderkammer in der Begegnungsstätte kennen. Zum Arbeitsfrühstück beim Ortsver-



Drei Wochen wanderten Jessika Drescher und Ulrich Winter durch Schleswig-Holstein, um Werbung für ehrenamtliches Engagement zu machen. An 18 AWO-Stationen wurden sie herzlich empfangen

Foto: AWO

ein Meldorf begrüßte die Kreisvorsitzende Sonja Jacobsen die AWO-Wanderer, bevor sie beim OV Heide das Bürgerbegegnungszentrum besichtigten. Nächste Station war der OV Husum, der mit rund 200 Mitgliedern zu den gut aufgestellten Ortsvereinen im Land zählt. Vorbereitungen für das Sommerfest der AWO erlebten Jessika Drescher und Ulrich Winter in Wyk auf der Insel Föhr mit. Beim Stadtverband Flensburg gab es wieder ein Geschenk, das sie dem OV Kappeln überreichten. Die Kleiderboutique der AWO ist ein Zentrum ehrenamtlichen Engagements in Kappeln und besteht, wie der OV selbst, seit 1988. Weiter ging es auf Schusters Rappen nach Eckernförde. Bis zu 50 Seniorinnen und Senioren kommen hier zu den Treffs der AWO in der Bürgerbegegnungsstätte am Eckernförder Rathausplatz. Im Endspurt ging es zurück in die Heimat nach Gettorf. Wie wichtig ehrenamtliches Engagement ist, machte der Vorsitzende Wulf-Dieter Starck-Wulf deutlich. Ohne Ehrenamtliche könne der Ortsverein sein Sommerferienprogramm mit Kursen, Aktionen und Ausflügen für Kinder nicht anbieten, erläuterte er.

Jessika Drescher und Ulrich Winter wurden an allen Stationen herzlich empfangen. Sie konnten bei einigen Ortsvereinen in Einrichtungen übernachten oder fanden einen Platz, wo sie ihr Zelt für die Nacht aufschlagen konnten. Auch durch Berichte der regionalen Medien konnten sie auf ihre Idee, mit kleinem Budget auf die vielfältigen Möglichkeiten, sich freiwillig für das Gemeinwesen zu engagieren, aufmerksam machen.

- siv -

Sport- ruder- boot	wirk- lich- keits- fremd	unge- braucht	schwarz- weißer Raben- vogel	grüne, in Halmen wachsende Pflanze	Behäl- ter aus Holz	Abk.: ultra- violett	Werk- zeug- griff	Fachmann, Kenner	franzö- sisch: Osten
		3		Nutzungs- gebühr in vielen See- bädern					
verhält- nis- mäßig						12	läng- liche Vertie- fung	Abk.: Post- skriptum	1
Verbren- nungs- rück- stand	11			Ältes- tenrat		Zurück- setzen eines PCs			7
süd- amerik. Aufguss- getränk		scharfe Gewürz- soße	stark abfal- lend				13	Parallelo- grammat	mund- artil.: Gerber
					2	Material- verlust (Reifen)	Abk.: Riesen- torlauf		
		6	finn. Heißluft- bad	8	Eibisch				
wolken- los	amt- liches Dokument		ein Medi- kament				Hast, über- stürztes Drängen	5	japa- nischer Reis- wein
fertig, bereit					Abk.: me- dizinisch- techn. Assistent		mund- artillich: Ameise		9
Zeichen für Arsen			Abk.: Hilfs- dienst	Getränke- fach im Hotel- zimmer				4	
norddt.: Schmoll- mund		14				15	Comic- Cowboy (Lucky...)		10
kohlen- saure- haltiges Wasser				Zähler- kontrol- leur					

s1312.1-101

Rätseln Sie mit!

Das richtige Lösungswort senden Sie bitte an den

**AWO Bundesverband
Redaktion AWOMagazin
Blücherstr. 62/63, 10961 Berlin**

...mit ein bißchen Glück können Sie einen
unserer 10 Überraschungspreise gewinnen

Einsendeschluss ist der **28. November 2008**.

Alle richtigen Einsendungen nehmen an der
Verlosung teil. Der Rechtsweg ist ausgeschlos-
sen. MitarbeiterInnen des Bundesverbandes sind
von der Teilnahme ausgeschlossen.

Wenn Sie ihre Postkarte mit einer Wohlfahrts-
marke frankieren, nehmen Sie am Ende des
Jahres an einer Sonderauslosung teil.

Die Lösung aus 5/2008 war:

AWO PIZZA

Unter allen richtigen Einsendungen haben wir
auch diesmal «Fair gehandelten Kaffee» verlost.
Genießen Sie Tasse für Tasse.

Gewonnen haben: Andres, Erika (Saßnitz),
Heydecke, Herta (Seelze), Horbach, Marc (Berlin),
Kasties, Günter (Bad Harzburg), Klarhöfer,
Gerhard (Schwentental), Lüttge, Werner (Goslar),
Neuhaus, Gisela (Treffurt/Thür), Rohleff, Horst
(Remscheid), Schenk, Andrea (Merseburg),
Wolf-Stephenson, Waltraud (Vellmar).

Herzlichen Glückwunsch!



Wenn Sie eine Postkarte mit einer Wohlfahrtsmarke frankieren, nehmen Sie am Ende des Jahres
an der **Jahres-Sonderauslosung** teil.

Und das können Sie gewinnen:

Eine Woche für 2 Personen mit Halbpension vom 11.1.-18.1.2009 oder vom 18.1.-25.1.2009
im »Ferienzentrum Oberhof/Thüringen« der AWO SANO; zu Ihrem Aufenthalt gehören eine
geführte Schneeschuhwanderung, eine Tageskarte für Skilift und weitere Überraschungen zu
Ihrer Begrüßung.